



Secrétariat Permanent pour la Prévention des Pollutions Industrielles Strasbourg
Sekretariat für die Prävention industrieller Umweltbelastung Kehl

5. Inter-SPPPI-Forum

29. / 30. Mai 2008 in STRASSBURG

Zusammenfassung der Debatten

HINWEIS

Diese Zusammenfassung gibt die wichtigsten Ausführungen des Inter-SPPPI-Forums wieder, das am 29. und 30. Mai 2008 in Strassburg stattgefunden hat. Sie erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Die im Text verwendeten Abkürzungen werden in dem Glossar auf Seite erläutert.

Inhaltsverzeichnis

29. Mai :	3
30. Mai :	16
Liste der Abkürzungen :	38
Teilnehmerliste :	39
Anhang : Fragebogen zur Vorbereitung des Forums :	41

INTER-SPPPI-FORUM STRASSBURG, 29./30. MAI 2008

29. MAI 2008

ERÖFFNUNG DES FORUMS

Lothaire ZILLIOX

Präsident des Sekretariats für die Prävention
industrieller Umweltbelastung (SPPPI)
Strasbourg-Kehl



Im Namen der DRIRE Elsass und des SPPPI Strasbourg-Kehl heiÙe ich Sie zu diesem Inter-SPPPI-Forum 2008 in der Europastadt StraÙburg an den Ufern des Rheins herzlich willkommen. Der Titel eines Liedes fasst diesen Augenblick treffend zusammen: „Willkommen mes amis, bienvenue meine Freunde“. Dieses Forum ist das fünfte einer Reihe, die 1999 in Calais auf Initiative des SPPPI Côte d’Opale Flandern ihren Anfang nahm. Es folgten die Einladungen der SPPPI PACA 2001, Artois 2003 und des SPIRAL Lyon 2005.

Dieses Forum in StraÙburg zeichnet sich durch drei besondere Merkmale aus: es ist das 5. Forum der Reihe, es ist das erste in der Folge eines außergewöhnlichen Ereignisses - des Umweltgipfels -, und es ist das erste, welches im Rahmen der Entwicklung des Eurodistrikts „Communauté Urbaine de Strasbourg – Ortenaukreis“ in einem Grenzgebiet stattfindet. Und nicht zuletzt ist es das erste Forum, welches von einem SPPPI veranstaltet wird, das – wie das von Toulouse – nicht von einem Präfekten geleitet wird.

Ich möchte noch eine vierte Besonderheit hinzufügen: dieses Forum findet 40 Jahre nach dem Mai 68 in StraÙburg statt. Als Wissenschaftler und Bürger ist mir ein besonderes Ereignis in Erinnerung geblieben: die Verkündung der ersten Europäischen Gewässerschutz-Charta am 6. Mai 1968 im Europarat, der ich beiwohnen durfte. Diese Charta legte den Grundstein für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

Cédric BOURILLET

Leiter des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Im Ministerium pflegt man zu sagen, dass die SPPPI dem Umweltgipfel um 30 Jahre voraus sind. Um diese Dynamik lebendig zu halten, haben wir bereits im vergangenen Herbst dieses 5. Forum ins Auge gefasst. Mit der Unterstützung von Anne MARAL und Cathy BIETH, die als Mitglieder unseres Teams für den ständigen Kontakt mit den SPPPI zuständig sind, wollen wir im Verlauf dieser Veranstaltung unsere Erfahrungen mit Ihnen teilen.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieumwelt der DRIRE Elsass

Dank gebührt Herrn ZILLIOX, dem Präsidenten des SPPPI, für diese Einladung nach Strassburg und dafür, dass es ihm gelungen ist, so großes Interesse bei allen SPPPI Frankreichs und bei zahlreichen lokalen Vertretern für dieses Forum geweckt zu haben. Ihnen allen sei gedankt für Ihre Teilnahme an dieser Debatte, die – wie wir hoffen – sehr offen sein wird.

PODIUMSDISKUSSION zum Thema „Abstimmung über Industrieanlagen als Faktor der Akzeptanz im städtischen Umfeld – ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland“

Einleitend möchte ich den Begriff „Abstimmung“ etwas näher erläutern. „Abstimmung“ ist ein relativ vager Begriff, der gelegentlich unterschiedliche und fließende Situationen abdeckt.

Ursprünglich beinhaltet der Begriff „Abstimmung“ weitgehend eine Beteiligung der Öffentlichkeit, zumindest einer möglichst großen Anzahl von Personen, an den Entscheidungsprozessen des Gemeinwesens.

Abstimmung beinhaltet ferner eine gewisse Verschiebung des Ortes, an dem Demokratie sich äußert, weg von einem System, in dem die gewählten Vertreter der Bürger die Entscheidungen treffen und mit Hilfe der Verwaltung umsetzen, hin zu einem System, in dem die Mandatsträger oder Vertreter des Staates die Aufgabe haben, Abstimmungsverfahren zu organisieren, die in einer Entscheidung münden. Wir haben es also mit einer Verschiebung des Entscheidungsprozesses zu tun und einer Verlagerung des Ortes, an dem Demokratie zum Ausdruck kommt.

In Frankreich ist dies kein neues Phänomen. Bereits 1810 wurde in Fällen, in denen es um Enteignungen zu gemeinnützigem Zweck ging, ein öffentliches Prüfverfahren eingeführt. Das Gesetz von 1983 fügte die Auflagen der Information der Öffentlichkeit und das Einholen der Stellungnahmen der Bevölkerung im Rahmen derartiger Prüfverfahren hinzu. Das Gesetz betreffend „Risiken“ und die Schaffung der Nationalen Kommission für Öffentliche Debatte sind Ausdruck der nächst höheren Stufe der Öffnung von Entscheidungsprozessen. Der Umweltgipfel schließlich ist eine zusätzliche Erweiterung der Konsultation der Öffentlichkeit.

Die kollektive Entscheidung durchläuft also folgende Stufen:

- Identifizierung des Problems
- Ausarbeitung einer Lösungsstrategie
- Durchführung von Voruntersuchungen
- Gestaltung des Projekts
- Beschlussfassung und Durchführung des Projekts.

Die Begriffe „Information“, „Konsultation“ und „Abstimmung“ bezeichnen also die zunehmende Einbindung der Öffentlichkeit in diesen Verfahrensablauf.

Information findet statt, sobald die Entscheidung getroffen ist und die Durchführung beginnt. *Konsultation* wird gewöhnlich zu einem, bereits existierenden Projekt durchgeführt, und *Abstimmung* beginnt bereits im Vorfeld, zum Zeitpunkt der Voruntersuchungen zu einem Projekt. Die *öffentliche Debatte* findet hauptsächlich im Stadium der Ausarbeitung von Lösungsstrategien statt, und ein *Umweltgipfel* wird zur Identifizierung von Problemen einberufen. Daran läßt sich der unterschiedliche Grad der Öffnung in einem Abstimmungsverfahren erkennen.

Ich habe den Begriff *Abstimmung* mit der Phase der *Voruntersuchungen* in Verbindung gebracht, weil verordnungsrechtlich gesehen in dieser Phase die eigentliche Abstimmung stattfindet. Dagegen geht die Abstimmung im Rahmen eines SPPPI wesentlich weiter und erfasst alle Etappen der kollektiven Entscheidungsfindung. Im SPPPI werden die Probleme identifiziert, Lösungsstrategien ausgearbeitet, die Voruntersuchungen zu gewissen Projekten geprüft, es werden Projekte besprochen oder vorgestellt, und es wird auch Informationsarbeit geleistet. Das SPPPI ist auf allen Ebenen der Einbeziehung der Öffentlichkeit in den kollektiven Entscheidungsprozess vertreten.

Für dieses Bemühen gibt es in Frankreich noch weitere Beispiele. So sind in den 70er Jahren an Kernkraftstandorten die lokalen Ausschüsse für Information und Konsultation (CLIC) entstanden, ebenso in jüngerer Zeit an sog. SEVESO-Standorten. Ferner haben sich dank einer spontanen Initiative zahlreicher Vertreter der Industrie Standort-Kommissionen gebildet, die sich um Akzeptanz ihres Tätigkeitsfeldes bemühen.

Interessant ist festzustellen, dass es häufig Umweltbelange sind, welche den Weg zu einer echten partizipativen Demokratie geöffnet haben. Die SPPPI sind eine besonders interessantes Experiment für die Umsetzung demokratischer Regeln im Umweltbereich. Wir werden uns heute bemühen, Ihnen unsere Erfahrung in diesem Bereich näher zu bringen.

Mit Industrieanlagen sind häufig Risiken und Belastungen verbunden, die besonders in stark besiedelten Räumen deutlich zutage treten. Dieser Umstand war es, der in ganz Frankreich zur Bildung der SPPPI geführt hat. Ähnliche Gegebenheiten beobachten wir im Raum Kehl, wo Siedlungsraum und industrielle Konzentration dicht beieinander liegen. Auf beiden Seiten des Rheins ist also die Problematik die gleiche, aber in der Art und Weise, wie sie angegangen wird, gibt es gewisse Unterschiede. Diese aufzuzeigen haben wir uns heute vorgenommen.

PODIUMSDISKUSSION, 1. Teil

Beiträge der Kommunalvertreter von Straßburg, Kehl und des Generalrats des Bas-Rhin

*Astrid GROSS-KÖNIGS, 1. Beigeordnete der Stadt Kehl
Françoise BUFFET, Beigeordnete der Stadt Straßburg
Alain JUND, Beigeordneter der Stadt Straßburg
Rémi BERTRAND, Vizepräsident des Generalrats des Bas-Rhin
Valérie WEINLING, Geographische Fakultät der Universität
Louis Pasteur Straßburg: Fragen zu einer Fallstudie*



Diskussionsleitung: Pierre BOIS

Astrid GROSS-KÖNIGS

1. Beigeordnete der Stadt Kehl, zuständig für Umweltfragen

Kehl ist eine Stadt von 36000 Einwohnern, deren Siedlungsstruktur von je her durch den Rhein bestimmt war. Der Rhein als traditioneller Handelsweg verbindet die Nordsee mit dem Alpenraum, und die Region Straßburg-Kehl bildet den Schnittpunkt mehrerer Verkehrswege: Schiffsstraßen, Eisenbahn- und Straßennetz. Aus diesem Grund bietet die Region ausgezeichnete Standortvorteile für Industrie und Gewerbe. So haben sich im Kehler Hafen inzwischen mehr als 100 Wirtschaftsbetriebe mit über 4000 Beschäftigten niedergelassen. Industrie- und Wohnflächen liegen somit nahe beieinander. Diese Nähe vermeidet lange Anfahrtswege zur Arbeit und minimiert somit den durch Individualverkehr verursachten Schadstoffausstoß. Andererseits kommt es aufgrund dieser Nähe aber auch zu unvermeidbaren Konflikten.

Im internationalen Vergleich haben wir einen sehr hohen Umweltstandard erreicht. Doch trotz modernster Anlagentechnik sind unsere industriellen Produktionsprozesse (Stahlerzeugung, Papierherstellung, Lebensmittelverarbeitung, Pressen- und Fahrzeugbau, Schrott-Recycling, Energieerzeugung aus Verbrennung von Biomasse) nicht gänzlich frei von negativen Auswirkungen.

Messungen für das Jahr 2004 haben ergeben, dass in Kehl über 50% der Stickoxid- und Staubemissionen und mehr als 68% der CO₂-Emissionen auf Industrie und Gewerbe zurückzuführen sind (ohne Berücksichtigung der Betriebe auf der Straßburger Seite). Die Belastungen durch verschmutzungsintensive Betriebe im Großraum Straßburg-Kehl wird durch die geographische Lage und die Witterungsverhältnisse noch verschärft: zwischen Vogesen und Schwarzwald stagnieren die Luftmassen und Schadstoffe sammeln sich an, besonders in der kalten bodennahen Luftschicht während der Wintermonate.

Angesichts der allseitig vorhandenen Belastungen ist das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung gestiegen. Seit Anfang der 80er Jahre setzt sich der Einfluss der „grünen Bewegung“ immer stärker durch, und die Sensibilität für Themen wie Klimawandel, Gift- und Schadstoffe, zunehmende Krebserkrankungen und Allergien nimmt zu. Die Verantwortlichen in Industrie und Politik haben das Vertrauen der Bürger verloren.

Im Jahre 1989 hat besonders ein Ereignis die Gemüter beschäftigt: der von der Landesregierung in Stuttgart beschlossene Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage in Baden-Württemberg, wobei unter mehreren Ansiedlungsalternativen dem Standort Kehl der Vorzug gegeben wurde. Die Bürger Kehls und des Großstadtraums Straßburg, Verbände und Bürger aus der gesamten Region haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Pläne der Landesregierung vorzugehen. Die Stadt Kehl hat damals die Protestaktionen federführend koordiniert. Von den unterschiedlichsten Disziplinen wurden Daten erhoben und Gegengutachten erstellt, mit dem Ziel, das Projekt zu kippen. Damals wurde deutlich, wie hoch die Region Straßburg-Kehl bereits vorbelastet war. Stuttgart hat letztlich auf das Vorhaben verzichtet, nicht zuletzt auch aufgrund einer Verschiebung der Machtverhältnisse auf Bundesebene. Diese Auseinandersetzung ist ein wahres Schlüsselerlebnis für die Umweltbewegung gewesen. Interessenträger, die zunächst wenig gemein hatten, haben erkannt, dass sie im Schulterschluss gewisse Ziele erreichen konnten.



Die Einwohner auf der französischen Seite und die Stadtverwaltung Straßburg hatten aufgrund ihres solidarischen Verhaltens einen erheblichen Anteil am Erfolg des Unterfangens. Es war die Geburtsstunde einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes und der Risikoversorgung.

Die Bürger erwarten heute stärker als in der Vergangenheit, dass ihre Interessen von der Stadt wahrgenommen werden.

Aber die Stadt hat gleichermaßen die Aufgabe, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, indem sie die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben unterstützt und dadurch Arbeitsplätze für ihre Bürger schafft. Dies erfolgt auch aus einem Eigeninteresse an den Gewerbesteuererträgen, mit denen der Großteil der städtischen Infrastruktur zum Wohl der Bewohner finanziert wird.

Die Abwägung zwischen dem Erhalt der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Entwicklung, zwischen den Erwartungen der Bürger und der Verantwortung der Stadt, ist ein wahrer Balanceakt.

In Deutschland gibt es verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung und der Konsensfindung. Da gibt es zunächst formal-rechtliche Aspekte. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz räumt den Bürgern ein förmliches Beteiligungsrecht ein, wenn es um die Errichtung, Erweiterung oder Änderung von Industrieanlagen geht. Private Interessenverbände haben die Möglichkeit, bereits in einem frühen Stadium des Verfahrens bei dem sog. „Scoping“ auf den Umfang des Untersuchungsrahmens Einfluss zu nehmen. Die zuständige Genehmigungsbehörde hat die Bedenken und Anregungen zu prüfen und gegeneinander abzuwägen. Im Rahmen der Genehmigung von Industrieanlagen hat die Stadt ein Entscheidungsrecht, denn sie ist Grundstückseigentümerin, und der Gemeinderat entscheidet über die Grundstücksvergabe. Er kann ferner über die Ausübung eines Vorkaufsrechts entscheiden, um eine Zersiedlung zu vermeiden. Die Flächennutzungsplanung ist ein wichtiges Instrument für die Gemeinden, um eine Trennung von miteinander unverträglichen Nutzungen, wie von Industrie- und Wohngebieten, zu gewährleisten und somit spätere Konflikte zu vermeiden. Aus Erfahrung wissen wir: was in der Genehmigungsphase als kleine Parzelle beginnt, kann sich später zu einer großen Herausforderung auswachsen. Unser Ziel ist es, gute Kompromisse zu finden, bei denen alle Beteiligten auf ihre Kosten kommen.

Neben den formellen Handlungsmöglichkeiten pflegen wir in Kehl eine Kommunikationskultur des direkten Dialogs mit der privaten Wirtschaft. Es gibt seit einigen Jahren einen regelmäßigen Austausch mit den Badischen Stahlwerken, einem der größten Industriebetriebe in Kehl. In ähnlicher Weise haben wir einen „Runden Tisch“ mit der Heizkraftwerk Kehl GmbH eingerichtet. Zu den Gesprächen dieses Gremiums werden auch die Stadt Straßburg, die „Bürgerinitiative Umweltschutz Kehl“, die französische Bürgerinitiative von Strasbourg-Robertsau sowie Alsace Nature eingeladen.

In diesem Rahmen erhalten die Industrievertreter die Gelegenheit, ihr Engagement in Sachen Emissionsminderung zu erläutern und die Entwicklungspläne ihres Unternehmens vorzustellen. Die Behördenvertreter und die Bürger können sie frühzeitig zu ihren Vorhaben und den zu erwartenden Auswirkungen befragen. Die Stadt tritt dabei als Vermittler in Erscheinung. Kommunikation und Information haben dabei eine Schlüsselrolle und schaffen gegenseitiges Vertrauen. Die in Kehl praktizierte Kommunikationsform kann durchaus als SPPI „en miniature“ verstanden werden.

Wenn die Absicht einer Neuansiedlung oder einer Erweiterung einer industriellen Anlage besteht, muss sich der Antragsteller zunächst an die Stadt Kehl wenden, die ihn über die Erwartungen der Stadt und die der Bürger aufklärt. Bei größeren Vorhaben stellt der Antragsteller seine Pläne bereits vor der eigentlichen Antragstellung dem Umweltausschuss vor. Wir ermutigen ihn, sein Vorhaben in einer gesonderten Veranstaltung der Öffentlichkeit möglichst frühzeitig zu präsentieren. Der Betreiber signalisiert auf diese Weise seine Bereitschaft, die Bedenken und Erwartungen der Bevölkerung anzuhören. Dadurch kann unnötigem Konfliktpotential frühzeitig begegnet, und Verzögerungen im späteren Genehmigungsverlauf können verhindert werden.

Unser erklärtes Ziel ist es, sich mit dem Antragsteller frühzeitig auf bestimmte Mindeststandards im Umweltschutz zu einigen. Der erste Schritt ist die Zusage des künftigen Betreibers, die ausgehandelten Normen freiwillig einzuhalten. Der zweite Schritt ist eine schriftliche Vereinbarung in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags zwischen der Stadt und dem Anlagenbetreiber.

So sind wir beispielsweise mit der Firma EC Bioenergie GmbH vorgegangen, die aus freien Stücken die Verpflichtung eingegangen ist, nur naturbelassene Biomasse als Brennstoff einzusetzen und strengere Emissionsgrenzwerte einzuhalten, als gesetzlich vorgeschrieben sind. Was Gesetz ist, ist Gesetz, aber alles, was über die geltenden Normen hinaus ausgehandelt werden kann, versteht die Stadt als ihre Aufgabe zum Wohle ihrer Bürger. In einer Region, die bereits stark industriell geprägt ist, ist dies eine Voraussetzung für die Akzeptanz seitens der Bürger.

Für unsere Stadt ist es ein großes Anliegen, dass sowohl die Bürgerinitiative aus Kehl als auch die Bürger Straßburgs aktiv in den Dialog eingebunden werden. Sobald die behördliche Genehmigung für den Betrieb einer Anlage vorliegt, hält die Stadt Kehl den Dialog mit dem Betreiber aufrecht und begleitet ihn bei seinen Bemühungen um eine Verbesserung der Umweltstandards.

Das langfristige umweltpolitische Ziel ist es, die Gesamtemissionen zumindest auf dem bestehenden Niveau zu halten. Eine Erhöhung der Umweltbelastung wäre für die Bürger nicht akzeptabel. Ich möchte betonen, dass seitens der Anlagenbetreiber in den letzten 20 Jahren erhebliche Verbesserungen erzielt worden sind. Ich bin mir bewusst, dass die an die Betreiber gestellten Anforderungen der Stadt Kehl hoch sind, aber diese Normen sind für die hier wohnenden Bürger und für die Anlagenbetreiber die gleichen. Der Imagegewinn durch ein erhöhtes Engagement in Sachen Umweltschutz wird in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Dem SPPPI Strasbourg-Kehl ist es in meiner Sicht in vorbildlicher Weise gelungen, eine vertrauenerweckende Organisationsstruktur ins Leben zu rufen. Im Oktober letzten Jahres haben wir die neue Kommission für Rhein-übergreifende Angelegenheiten gegründet und damit ein neues Kapitel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes aufgeschlagen. Es ist mir eine große Ehre, diese Kommission als Präsidentin leiten zu dürfen.

Wenn wir als Kommune in der Konsensfindung zwischen Industrie und Gesellschaft mit den formalen Regelinstrumenten an unsere Grenzen stoßen, erhält das SPPPI die Chance, die Regie zu übernehmen. Ich verstehe das SPPPI Strasbourg-Kehl als partnerschaftliches Forum, deren Mitglieder sich gegenseitig motivieren und unterstützen. Wir verfolgen konsequent ein gemeinsames Ziel: die Verbesserung der Lebensqualität im Raum Straßburg-Kehl.

Valérie WEINLING

Geographische Fakultät der Universität Louis Pasteur Straßburg

Ich möchte Ihnen einen konkreten Fall darlegen, den ich im Rahmen meiner akademischen Tätigkeit mit dem doppelten Ziel untersucht habe, die Entwicklung gesellschaftlicher Verhaltensweisen zu messen und zu versuchen, mögliche Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Großraum Straßburg zu definieren.

Die Großbäckerei NEUHAUSER war ursprünglich in Cronenbourg angesiedelt. Erweiterungs- und Modernisierungsabsichten veranlassten sie, sich um einen neuen Standort zu bemühen. Die CUS schlug ihr ein Grundstück in der Gemarkung Eschau vor. Die Gewerbezone ist außerhalb des Dorfes gelegen, grenzt aber an ein Siedlungsgebiet, eine Tatsache, die im Stadium der Erstellung der ICPE-Unterlagen unberücksichtigt blieb.

Bis zur Vorlage der Antragsunterlagen seitens des Betreibers gab es einige Verzögerungen, und das öffentliche Genehmigungsverfahren, das ursprünglich für Mai/Juni angesetzt war, konnte folglich erst im August/September stattfinden. Die Bevölkerung erhielt also erst im Ferienmonat August Kenntnis von dem Vorhaben, was sofort Verdächtigungen auslöste. Auf Initiative eines Wissenschaftlers, der sich später als einzige Informationsquelle sowohl für die Bürger als auch für die Presse herausstellte, wurde eine Protestinitiative gebildet. Es werden beunruhigende Botschaften verbreitet: Gefahr von Legionärskrankheit, visuelle Verschmutzung, Lärm- und Geruchsbelastung usw., und nicht zuletzt Wertverlust des angrenzenden Immobilienbesitzes. Demgegenüber gab es keine organisierte Informationspolitik zu dem Projekt. Das Argument, dass 70 Arbeitsplätze gerettet werden müssten, zog nicht. Auch an dem Zuordnungsprinzip der Gewerbesteuer (TPU) gibt es Kritik: wenn eine Gemeinde die Ansiedlung einer Industrieanlage zulässt und dadurch gewissen Belästigungen ausgesetzt ist, erhält sie – sozusagen als gerechten Ausgleich – das gesamte Aufkommen aus der Gewerbesteuer.

Schließlich und endlich beschloss die Firma NEUHAUSER, sich in Maubeuge niederzulassen, wodurch im Elsass 70 Arbeitsplätze verloren gingen.

Dieser missglückte Versuch einer industriellen Ansiedlung ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt mangelnder Kommunikation interessant. Projektträger und Genehmigungsbehörden haben es unterlassen, sich um eine angemessene Information über das Projekt zu bemühen, und die verspätete Antragstellung hat in der Bevölkerung ein Klima des Misstrauens geschaffen. Eine frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit hätte einen konstruktiven Dialog ermöglicht.

Aus dieser Erfahrung lassen sich einige Vorschläge für eine bessere Kommunikationspolitik ableiten:

- Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle, über die alle vom Projekt betroffenen Institutionen erreicht werden können, welche einen unabhängigen technischen Berater vermitteln kann, über einen Kommunikationsfachmann und über eine gebührenfreie Telefonnummer verfügt, an die sich besorgte Bürger wenden können;
- Einrichtung eines „Hauses der Umwelt“ als Ort der Aussprache für Umweltschutzverbände und Anlagenbetreiber und –benutzer über Fragen der Siedlungspolitik, der industriellen Niederlassung und der nachhaltigen Entwicklung;
- Erstellung eines Katasters verfügbarer Flächen, was angesichts des erbitterten Wettkampfes um die Nutzung unumgänglich ist.

Wir stellen ein klares Auseinanderfallen von wirtschaftlichen Belangen und individuellem Streben nach Lebensqualität, zwischen Allgemeinwohl und persönlichen Interessen fest. Zur Aufrechterhaltung eines industriellen Gefüges im Elsass müssen sich Politiker und Gemeinden zu einer deutlichen Politik mit klaren Aussagen und ehrgeizigen Zielen bekennen.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieumwelt der DRIRE Elsass

Dieses Beispiel vermittelt uns zahlreiche Botschaften. Eine Frage schließt sich an: Was hätte das SPPPI in diesem Fall tun können? Wie wäre ein solcher Fall in Deutschland verlaufen? Das Wort haben nun Frau BUFFET und Herr JUND.

Lothaire ZILLIOX

Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Alle Akteure, die Sie genannt haben, kennen das SPPPI, und dieses ist befähigt, alle Vorschläge, die von Frau WEINLING formuliert worden sind, aufzugreifen.

Françoise BUFFET

Beigeordnete der Stadt Straßburg, verantwortlich für Umweltfragen

Das eben erläuterte Beispiel veranlasst mich, auf einen aktuellen Fall einzugehen, der bislang noch keine Lösung gefunden hat: der Fall der Firma SARIA. Dieses Unternehmen hatte einen ordnungsgemäßen Antrag auf Errichtung einer Logistikanlage gestellt. Es beabsichtigte, seinen ursprünglichen Standort in Eckbolsheim in das Stadtviertel Neuhof zu verlegen. Die Genehmigungen wurden erteilt, das öffentliche Prüfverfahren fand statt, der Stadtrat erteilte nach Beratung einstimmig seine Zustimmung zu dem Projekt. Dann begann der Wahlkampf, und obwohl das öffentliche Prüfverfahren abgeschlossen war, haben sich die Bürger im Stadtviertel Neuhof mobilisiert und Fragen aufgeworfen, die bislang angeblich außer Acht gelassen worden waren, insbesondere in Bezug auf mögliche Auswirkungen der Beförderung und Zwischenlagerung von Tierkadavern auf die Gesundheit der Bewohner. Die eigentlich fällige Baugenehmigung wurde schließlich nicht erteilt. Astrid GROSS-KÖNIGS hat soeben von der schwierigen Abwägung von Forderungen der Bürger und Erwartungen der Wirtschaft gesprochen. In diesem Fall hatte der Unternehmer drei Jahre lang seinen Antrag vorbereitet, er hat alle Schritte des Verfahrens eingehalten und muss trotzdem jetzt wieder bei Null anfangen. Eine Begegnung mit dem SPPPI wird in Kürze stattfinden. Mir scheint, dass es hier ein Problem der mangelnden Transparenz gegeben hat. Die Bevölkerung erwartet umfassende Information. Auch die Stadt muss dabei eine Rolle spielen. Ich werde den Fall SARIA noch einmal aufrollen, und ich werde den Reaktionen der Bewohner von Neuhof ebenso wie den Argumenten des Unternehmens sehr aufgeschlossen gegenüber treten. Ein Gleichgewicht der Interessen ist möglich, aber man darf vor Transparenz nicht zurückscheuen.

Alain JUND

Beigeordneter der Stadt Strassburg, verantwortlich für Städtebau und den lokalen Bebauungsplan (PLU)

Einige Überlegungen zur Frage des Nebeneinanders von Arbeitsplatz, Industriestandort und Wohngebiet:

1. Umweltbelange stehen gegenwärtig im Zentrum der öffentlichen Debatte. Früher mag das individuelle Wohlbefinden als sekundär abgetan worden sein. Heute dagegen geht es vordringlich um Fragen der Volksgesundheit.
2. Eine zusätzliche Schwierigkeit ergibt sich aus der Aufsplitterung der Entscheidungszentren: Präfektur, Gemeinden, kommunale Zweckverbände, Departement. Es ist schwer, den richtigen Ansprechpartner zu finden.
3. Die Art der Entscheidungsfindung hat sich geändert: früher wurden die Entscheidungsträger alle 6 Jahre ausgewechselt; heute haben wir es mit einer permanenten Debatte zu tun.
4. Die Ausdehnung der Städte ist nicht unbegrenzt möglich; das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Siedlungsgebieten wird daher immer krasser und konfliktreicher.
5. Wenn der Fall NEUHAUSER besser vorbereitet und korrekt verhandelt worden wäre, wäre dieses Unternehmen zweifellos noch bei uns. Zwar werden die Vorschriften immer strenger, aber trotzdem werden fast täglich Fehler begangen. Wir müssen uns nicht darüber Gedanken machen, wie wir die Dinge besser regeln, sondern darüber, wie wir die Regelungen besser umsetzen können, damit von Beginn eines Projektes an ein offener Dialog stattfindet; denn wenn sich die Fronten erst einmal verhärtet haben, ist es äußerst schwer, die Gemüter wieder zu beruhigen.

Ein letztes Wort. Vor wenigen Jahren noch war mir SPPPI kein Begriff. Hüten wir uns, nur im Kreise von „Wissenden“ zu fachsimpeln! Ein wichtiges Anliegen des SPPPI muss es sein, den Zweck dieser Einrichtung bekannt zu machen, damit der angestrebte Dialog auch tatsächlich stattfinden kann.

Rémi BERTRAND

Vizepräsident des Generalrats des Bas-Rhin, Präsident der ASPA

Im Generalrat sind wir mit „Hommes & Territoires“ ähnlich vorgegangen. Diese Initiative ging auf eine politische Entscheidung zurück, die öffentliche Politik des Departements auf den Prüfstand zu stellen und dabei die Bürger mit einzubeziehen.

Das SPPPI muss ein Verbindungsglied zwischen der Industrie und dem Bürger sein. Häufig erleben wir doch entweder, dass für fortschrittliches Denken die Zeit noch nicht reif ist, oder aber dass man mit der industriellen Entwicklung nicht Schritt halten kann.

Es ist ein lang andauernder Kampf. Hommes & Territoires hat insgesamt 10 000 Personen mobilisiert. Die Bürger wurden aufgefordert, ihre Vorstellungen von ihrer Zukunft darzulegen. Wir haben dann versucht, dem Ganzen Gestalt zu geben, was uns mit einem neuen Leitschema und einer internen Umstrukturierung gelungen ist.

Ich möchte mich nun einem etwas heiklen Thema zuwenden; der Abfallentsorgung. Die Departements sind mit der Abfallentsorgung betraut worden, und wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst. Seit 10 Jahren arbeiten im Departement Bas-Rhin die EPCI und die Abfallverwertungsstellen freiwillig zusammen. Seit eineinhalb Jahren arbeiten wir gemeinsam mit unseren Kollegen des Departements Haut-Rhin an der Erstellung eines Departement-Plans zur Abfallentsorgung.

In der Presse gab es kürzlich Berichte über einen Fall, der großes Aufsehen erregte. In der Nähe von Sarre-Union hat ein unbekannter Interessent Erkundigungen über ein geeignetes Gelände zur Errichtung einer Deponie angestellt. Niemand weiß genau Bescheid, weder die Präfektur noch das SPPPI... Zu Recht haben sich Bürgerinitiativen gebildet. Bei einem derartigen Vorhaben muss von Anfang an eine öffentliche Debatte stattfinden, bei der die Interessen aller Beteiligten vorgetragen werden können und an deren Ende eine Entscheidung steht. Wir müssen heutzutage die öffentliche Debatte, Offenheit und Akzeptanz der Belange des anderen verstärkt im Auge haben.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieumwelt der DRIRE Elsass

Auf französischer wie auf deutscher Seite ist festgestellt worden, dass ein schwieriger Weg vor uns liegt, und dass auch die Kriterien und Faktoren der Akzeptanz sich im Lauf der Zeit ändern. Interessanterweise ist von beiden Seiten der Ruf nach einer permanenten Stelle für Konzertation laut geworden, und ich denke, ein „P“ in SPPPI steht genau dafür.

Wortmeldungen und Fragen aus dem Saal

Daniel BERNARD

Ehrenpräsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Aufgrund seines Aufbaus ist das SPPPI ein permanentes Forum für die frühzeitige Erkenntnis und die Behandlung dieser Art Probleme. Bei großen Unternehmen ist das SPPPI wohl bekannt, jedoch kleinere Betriebe, wie besagte Großbäckerei, haben nicht immer den Reflex, ihr Projekt vom SPPPI betreuen zu lassen. Das SPPPI ist ein permanentes Forum, das sich aber ständig weiterentwickelt.

Yves DELACRETAZ

SPIRAL

Meine Damen und Herren Mandatsträger, Sie sprechen von nachhaltiger Entwicklung und Konzertation. Warum setzen Sie sich nicht zusammen und arbeiten auf Ebene des Departements gemeinsam eine Agenda 21 aus, was Sie zwingen würde, frühzeitige Abstimmungsarbeit zu leisten?

Rémi BERTRAND

Vizepräsident des Generalrats des Bas-Rhin, Präsident der ASPA

„Hommes & Territoires“ ist eine solche Agenda 21, ein umfassendes Abstimmungsforum mit 10 000 Teilnehmern, das auf verschiedenen Ebenen stattfindet.

Wir arbeiten gegenwärtig in verschiedenen Bereichen auf Departementebene mit ADIRA zusammen. Anstelle einer Vielzahl kleiner Bereiche geben wir einer kohärenten und gut organisierten Struktur den Vorzug, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann.

Alain JUND

Beigeordneter der Stadt Straßburg, verantwortlich für Städtebau und den lokalen Bebauungsplan (PLU)

Für Straßburg wird ein Verfahren nach Agenda 21 in Kürze eingeleitet.

Zu dem Problem des Nebeneinanders von Industrie und Wohngebieten werden wir ab Herbst 2008 ein auf drei Jahre angelegtes Projekt einleiten: den lokalen Bebauungsplan (PLU). Hierbei geht es neben verordnungsrechtlichen Aspekten in erster Linie um eine frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung, die über öffentliche Debatten und Abstimmungsverfahren mit lokalen Vorhaben vertraut gemacht werden soll.

Industrie und Wohngebiete werden immer näher zusammenrücken. Schon unter dem Zwang des steigenden Erdölpreises (heute 135 \$ pro Fass, in 6 Monaten möglicherweise 200\$, dann 300\$) werden wir die vorhandene Infrastruktur überprüfen müssen. Es ist besser, dies frühzeitig zu tun, als zu warten, bis es zu spät ist.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieumwelt der DRIRE Elsass

Vielleicht kann Frau GROSS KÖNIGS über eine Initiative des Typs Agenda 21 berichten ?

Astrid GROSS KÖNIGS

1.Beigeordnete der Stadt Kehl, zuständig für Umweltfragen

Zwar ist das Instrumentarium der Agenda 21 in Deutschland wohl bekannt, aber in Kehl arbeiten wir eher auf Projektbasis. Etwa die Hälfte unserer Mitbürger erreichen wir über die Gemeinderäte kleiner Ortschaften, die eine bürgernahe Plattform darstellen, wo Projekte ausgearbeitet und Entscheidungen vorbereitet werden können.

M. GIANNOCARRO

CIRIMI

Sie haben von inkohärenten Entscheidungsprozessen, von administrativer Verwicklung gesprochen. An dem Beispiel des Ansiedlungsprojektes der Großbäckerei haben wir gesehen, wie ein Apotheker als selbst ernannter Gutachter aus der Bevölkerung an Gewicht gewinnt. Wie kann Raumplanung und –gestaltung mit ungeordneten Entscheidungsprozessen und administrativen Verwicklungen in Einklang gebracht werden? Zwar sind die SPPPI geeignet, verschiedene Interessengruppen einander näher zu bringen, aber reichen sie aus, um die Entwicklung auf territorialer Ebene vorzubereiten? Als Anlaufstellen auf lokaler Ebene sind sie sicherlich nützlich, aber – wie man im Bereich des Schutzes vor Naturkatastrophen sieht – wurden über das Bachelot-Gesetz öffentlich-rechtliche Unternehmen, die in territorialen Dimensionen planen und handeln, eingerichtet. Vor einer Vermehrung lokaler Kommissionen und einer Überlagerung von Abstimmungsverfahren sei gewarnt, denn dadurch könnte der Überblick verloren gehen, während doch in der modernen Zivilgesellschaft gerade auf Transparenz sehr viel Wert gelegt wird. Wie steht es mit all dem ?

Antwort von Alain JUND

Beigeordneter der Stadt Straßburg, verantwortlich für Städtebau und den lokalen Bebauungsplan (PLU)

Diese Frage werden wir nur schwer lösen können. Eines aber hilft uns weiter: frühzeitige Information über geplante Vorhaben in verschiedenen Regionen. Welches ist der geeignete Ort für die Behandlung aller Belange bei einem Projekt, das einen Teil eines Stadtviertels, ein ganzes Stadtviertel, mehrere Stadtviertel oder eine ganze Stadt betrifft? Nehmen wir als Beispiel ein Unternehmen, für das ein SPPPI zuständig ist: auf welcher Ebene beginnt seine Arbeit? Da sind die Interessen der Nachbarschaft, der Benutzer des Viertels, der Bewohner der Stadt, der Gemeinde (steuerliche Interessen), der EPCI (gewichtete Gewerbesteuer), Umweltschutzbelange, wirtschaftliche Interessen ... und gewisse infrastrukturelle Zwänge, die es miteinander zu versöhnen gilt.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieanlagen der DRIRE Elsass

Sind die Dinge auf deutscher Seite vielleicht einfacher ?

Astrid GROSS KÖNIGS

1.Beigeordnete der Stadt Kehl, zuständig für Umweltfragen

Das ist eine schwierige Frage. Aber das Beispiel der Großbäckerei wäre auch in Deutschland denkbar gewesen; vielleicht wären die Dinge einfacher verlaufen. Wie vorhin gesagt worden ist, ist eine einzige Anlaufstelle zur Information der Bürger und an einer Niederlassung interessierter Unternehmen unumgänglich, denn niemand weiß, wer wofür zuständig ist. Die Verfahren sind sehr kompliziert, und ein einziger Ansprechpartner ist daher wichtig.

Wortmeldung von Herrn Jean WENCKER Vizepräsident von Alsace Nature

Unser Verband schätzt die Gelegenheit, sich mit Vertretern der Industrie austauschen zu können. Das geschieht ja nicht häufig.

Unsere Freunde aus Kehl haben Zahlen für Verschmutzung genannt. Derartige Angaben haben wir in Straßburg nicht. Es besteht eine Vertrauenskrise zwischen der Zivilbevölkerung und den Politikern und Entscheidungsträgern. Dies möchte ich an Hand von 3 Zahlen veranschaulichen. Auf die Frage: *“Wenn ein Unternehmer über die Sicherheit seiner Fabrik eine Mitteilung macht, wieviel Glauben schenken Sie dieser Information?”* 1% der befragten Personen ist bereit, dem Unternehmer zu glauben. Wenn staatliche Stellen eine Sicherheitsverlautbarung abgeben, halten 6% der befragten Personen dies für glaubwürdig. Demgegenüber sind es 48%, die den Aussagen von Verbänden glauben.

Wer von Ihnen hat einmal die Karten eingesehen, die das Überflutungsrisiko im Falle des Bruchs eines Rheindeiches aufzeigen? Ich habe an der Ausarbeitung dieser Karten teilgenommen. Es gibt sie seit 2003, aber sie liegen in irgendeiner Schublade der Präfektur. Die Zivilgesellschaft erhält nicht die Information, auf die sie Anspruch hat, und das führt zu der Vertrauenskrise.

Jedenfalls freue ich mich über die Existenz eines SPPPI in Straßburg, welches ausgezeichnete Arbeit leistet.

PODIUMSDISCUSSION, 2. TEIL

Beiträge der Vertreter der Industrie

Dietmar WEISS, Badische Stadtwerke GmbH

Gilbert GRASSER, Verband der Industrie des Bas-Rhin

Christian FLODERER, Einsatzbereich Industrierisiken, DRIRE Elsass

Diskussionsleitung Pierre BOIS

Dietmar WEISS

Badische Stahlwerke GmbH

Meine Ausführungen betreffen die Genehmigungsverfahren und ihre Entwicklung im Verlauf der letzten Jahre. Die Situation in Frankreich mag komplex erscheinen, jedoch in Deutschland ist sie es ebenfalls. Allerdings haben wir einen Vorteil: die Einbeziehung der Öffentlichkeit ist ganz klar geregelt, was die Dinge sehr vereinfacht.

Unsere Anlage ist rund 300 m Luftlinie von der Gemeinde Auenheim und 2,5 km von der Robertsau entfernt. Als wir 1968 mit dem Bau unseres Stahlwerks begannen, gab es in Deutschland noch keine sehr umfangreichen Umweltauflagen. Unsere Produktion war mit 200.000 t/a geplant. Eine Nassentstaubung mit einer Leistung von 120.000 m³/h wurde installiert. Die Betriebsgenehmigung setzte noch keinerlei Grenzwerte fest. Die einzige allgemeine Auflage lautete: „Der Betreiber ist bemüht, Lärmbelästigung und Luftverschmutzung begrenzt zu halten.“

Acht Jahre später war die Produktion auf 400.000 t/a gestiegen, und eine neue Trockenentstaubungsanlage mit 1,2 Mio. m³/h wurde in Betrieb genommen. 1989 begann die Affäre um die geplante Ansiedlung einer Verbrennungsanlage, die vorhin von Astrid GROSS KÖNIGS angesprochen wurde. 1990 hatten wir unsere Produktion auf knapp 1,2 Mio t/a erweitert, und der Staubgrenzwert wurde auf 20 mg/m³ Abluft gesenkt.

1990 wurde erstmalig weltweit ein Grenzwert für Dioxine und Furane von 0,5 ng/m³ eingeführt. Dieser Grenzwert basierte auf den Ergebnissen von Untersuchungen, die wir zusammen mit dem zuständigen Bundesamt durchgeführt hatten, da wir selbst auch an unseren Emissionswerten interessiert waren. Wir hatten 1ng/m³, gelegentlich etwas mehr gemessen und uns deshalb an das zuständige Amt zwecks Beratung gewandt. Zu dem damaligen Zeitpunkt gab es noch keine toxikologischen Auswertungen der Dioxine. Die Verlängerung der Genehmigung wurde mit der Auflage verbunden, den Grenzwert von 0,5 ng/m³ nicht zu überschreiten. Gegenwärtig wird dieser Grenzwert von uns eher noch unterschritten. 1990

aber hatten wir erstmals mit Protesten der Öffentlichkeit zu tun, und unsere Antragsunterlagen wurden auch der französischen Behörde zur Einsicht vorgelegt.

1995 war unsere Produktion auf 1,4 Mio t/a angestiegen. Bei gleichbleibender Entstaubungskapazität erreichten wir einen Grenzwert von 5mg/m^3 Abluft und einen Dioxin- und Furangrenzwert von $0,3\text{ ng/m}^3$. Ferner wurde festgelegt, dass bei einer weiteren Erhöhung der Produktion der Grenzwert von $1,5\text{ ng/m}^3$ nicht überschritten werden dürfe. Das Regierungspräsidium Freiburg, unsere zuständige Genehmigungsbehörde, hatte die Produktion von 1,4 Mio t/a mit der Auflage genehmigt, die Einhaltung der Grenzwerte zunächst nachzuweisen.

1998 hatten wir mit unserer Produktion die Kapazitätsgrenze der vorhandenen Entstaubungsanlage erreicht, und wir mussten eine zweite einbauen. Damals standen wir mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit noch am Anfang. Wir mussten unseren Genehmigungsantrag übersetzen lassen, um ihn in Straßburg veröffentlichen zu können. Im Zuge dieses Verfahrens wurden Auflagen formuliert, z.B. dass die beiden Entstaubungsanlagen zusammen keine höhere Reststaubemission verursachen dürfen als die alte Anlage allein. Wir haben also alles daran gesetzt, die Abgasleistung von Staub von 5 mg auf 4 mg für die eine Anlage zu senken, und für die zweite auf 1,5 mg zu begrenzen, was insgesamt der Abgasleistung der alten Anlage entsprach. Die Behörde hat ferner verlangt, dass wir die Messwerte (Staub, CO_2 , Quecksilber), die wir über die vergangenen Jahre ermittelt hatten, offen legen. Heute sind diese Werte elektronisch abrufbar, was uns die Erstellung umfangreicher Berichte erspart. Wir wollen damit auch zeigen, dass wir nichts zu verbergen haben.

Es ist uns also gelungen, den Dioxinausstoß auf $0,5\text{ ng}$ und die Staubabgabe auf $1,1\text{ mg/m}^3$ zu reduzieren. Diese Werte sind weltweit für ein Stahlwerk einmalig. Andere Stahlwerke nehmen im übrigen zunehmend unsere Beratung in Anspruch.

In früheren Jahren war der Begriff „Scoping“ noch nicht üblich, um eine Aussprache vor der offiziellen Antragstellung zu bezeichnen, aber wir hatten schon damals Termine mit der Verwaltung, den Verbänden und Bürgerinitiativen, um ein Programm zu erstellen, das allen Belangen gerecht werden sollte. Von solchen Bürgerinitiativen gibt es in Kehl mehrere. Sie können Gutachten einholen und vergleichen; auf diese Weise sind die Bürger genauso gut informiert wie die Behörden.

Ältere Stahlwerke wie das unsere (wir sind 1968 entstanden) müssen in Deutschland für Staubemissionen einen Grenzwert von 10 mg einhalten; bei moderneren Anlagen liegt dieser Wert bei 5 mg. In unserem Fall liegt die Emission bei 1,1 mg. Auch die übrigen Emissionswerte liegen bei uns merklich unter den vorgeschriebenen Grenzwerten. Bei Dioxin liegen wir bei $0,1\text{ ng}$. Ursprünglich galt dieser Wert im übrigen nur für Abfallverbrennungsanlagen; Stahlwerke waren davon ausgenommen.

Eines Tages ist seitens der Robertsau eine Beschwerde wegen Lärmbelästigung bei uns eingegangen. Wir haben uns mit den Beschwerdeführern auseinandergesetzt und gemeinsam ein Messprogramm ausgearbeitet. Aufgrund der Messergebnisse konnte nachgewiesen werden, dass die Lärmbelästigungen nicht von unserer Anlage ausgelöst wurden. Für die Bewohner der Robertsau war diese Erfahrung etwas Neues. In der Folge haben wir zunächst eine, dann eine zweite Messstation zur Ermittlung des Lärmpegels errichtet. Eine kostenfreie Telefonnummer steht Bürgern für allfällige Beschwerden zur Verfügung, und wenn sich der Anrufer identifiziert, greifen wir seine Beschwerde bereitwillig auf. Diese positive Einstellung unsererseits hat dazu geführt, dass die Bevölkerung uns akzeptiert. Die Badischen Stahlwerke sind seit 1997 nach EMAS und seit 2000 nach ISO 14001 zertifiziert. Bei einem Vergleich deutscher Elektro Stahlwerke sind wir beim CO_2 -Ausstoß als Benchmark benannt worden. Da wir aber in Zukunft unsere Produktion noch weiter steigern wollen, werden wir unsere Bemühungen fortsetzen. Wir sind auch guter Hoffnung, dass unsere Genehmigung verlängert wird. Wir werden auch weiterhin mit der Öffentlichkeit zusammen arbeiten und immer wieder gerne dieses Thema behandeln.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieanlagen der DRIRE Elsass

Die Tatsache, dass Vertreter der Industrie sich unablässig um besseren Umweltschutz bemühen, ist nicht hinreichend bekannt.

Gilbert GRASSER

Verband der Industrie des Bas-Rhin

Gelegentlich wird geunkt, dass die Industrie zugunsten des Dienstleistungssektors verschwinden wird. Diese Auffassung kann ich nicht teilen. Der Dienstleistungssektor ist von der Industrie abhängig. Ohne eine blühende Industrie ist eine gesunde Wirtschaft nicht denkbar. Die Politiker müssen verantwortlich handeln; Industrieanlagen sichern Arbeitsplätze. In Europa hat die Industrie eine Zukunft, und zwar aus folgenden zwei Gründen. Der erste ist in dem Produktionskostengefälle im Vergleich zu Indien und China zu sehen. Dieses Gefälle wird sich wegen des Bestrebens dieser Länder abschwächen, den gleichen hohen sozialen Standard zu erreichen wie bei uns. Auch Inder wollen anständige Löhne, sozialen Schutz und eine Altersversorgung. Der zweite Grund hängt mit der Energiekrise und der Verteuerung der Transportkosten zusammen. Wir müssen in Zukunft wieder eine größere geographische Nähe von Produktion und Konsum erreichen.

Wir brauchen also die Industrie, aber wie muss sie aussehen und wo soll sie angesiedelt sein?

Es ist in der heutigen Zeit nicht mehr denkbar, dass der Bevölkerung ein Industriestandort aufgezwungen wird. Die Bürger, Verbände, Kommunalpolitiker, Interessenvertretungen usw. müssen ihr Einverständnis geben können. Die Kriterien der Öffentlichkeit für eine Akzeptanz einer Industrieanlage sind wahrscheinlich für den Unternehmer nicht von überragender Bedeutung; ihm liegen in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen und Rentabilitätskriterien am Herzen. Aber er sollte die Notwendigkeit der Akzeptanz nicht zu gering einschätzen, wie es sich im Fall NEUHAUSER deutlich gezeigt hat. Für die Bevölkerung – mit Ausnahme jener Personen, die sich einen Arbeitsplatz erhoffen – ist die Akzeptanz nicht automatisch gegeben. Die Furcht vor negativen Auswirkungen wiegt zunächst einmal schwerer.

In dieser Frage einen Konsens zu erzielen, ist nicht leicht, jedoch lässt sich auch feststellen, dass die einfache Umsetzung der recht umfangreichen, komplexen und oft weitreichenden Vorschriften für die Akzeptanz nicht ausreicht. Wie von Herrn WENCKER ausgeführt, besteht bei der Bevölkerung gar ein gewisses Misstrauen gegen die Vorschriften, weil sie meist nicht verstanden und daher als Expertenlatein angesehen werden. Die Öffentlichkeit erwartet mehr Transparenz. Sie will umfassend informiert werden, und diese Forderung wird immer stärker. Es lassen sich drei Arten von Abstimmungsverfahren unterscheiden:

- die vorschriftsmäßige punktuelle Abstimmung, die ein Verfahren mit Risikostudien und Umweltverträglichkeitsprüfungen vorsieht, wo die Verbände und die Vertreter der Industrie gemeinsam im Gesundheitsausschuss des Departements vertreten sind, wo Information reichlich zur Verfügung steht, aber am Ende des Verfahrens diese Kontakte abbrechen;
- die permanente und spontane Abstimmung, wo ein regelmäßiger Austausch in Gremien stattfindet, in denen Vertreter der Industrie und der Bevölkerung vertreten sind;
- die vorschriftsmäßige permanente Abstimmung, die in „permanenten Foren“ wie den SPPPI stattfindet. Auch die CLI, CLIS, CLIC und die CHSCT sind in dieser Kategorie zu nennen.

Die permanenten Abstimmungsverfahren fördern die Akzeptanz der Industrieanlagen. Sie sind eine notwendige Voraussetzung, aber sie allein genügen nicht, weil dadurch tatsächliche Risiken und Belästigungen nicht reduziert werden. Es kommt daher den Kommunalpolitikern, die das Allgemeininteresse vertreten, die Aufgabe zu, einen Ausgleich zu finden zwischen dem, was ökologisch akzeptabel und im Rahmen globaler Wettbewerbsbedingungen ökonomisch notwendig ist.

In unserem Land hat die Transparenz Einzug gehalten. Hoffen wir, dass es anderswo auch der Fall sein wird, damit die Industrie zum Wohle aller weiter gedeihen kann. Nur die Politik kann dies gewährleisten.

Pierre BOIS

Leiter der Regionaldienststelle für Industrieanlagen der DRIRE Elsass

Danke, Herr GRASSER, für diese Ausführungen und die deutliche Botschaft, dass Akzeptanz nicht allein durch die Beachtung von Vorschriften erreicht werden kann.

Wir kommen nun zum letzten Beitrag dieser Runde, dem von Herrn FLODERER.

Christian FLODERER

Leiter des Einsatzbereiches Industrierisiken, DRIRE Elsass

Es gibt im Elsass rund dreißig sog. SEVESO-Anlagen mit hohem Risiko. Vor diesem Hintergrund ist eine permanente Abstimmung notwendig. 1976 hat das Elsass im KKW Fessenheim den Prototyp der Informations- und Überwachungskommissionen eingerichtet, und 1992 wurden derartige Kommissionen an Standorten der Abfallentsorgung obligatorisch.

Seit der AZF-Katastrophe sieht der Umweltkodex die Bildung von lokalen Informations- und Konzertationskomitees (CLIC) an den Standorten aller hochschwelliger SEVESO-Betriebe vor. In diesen CLIC sind fünf gleich starke Gruppen vertreten: Anrainer, am Standort Beschäftigte, Betreiber, Verwaltung und Gebietskörperschaften. Zur gegenseitigen Verständigung ist eine gemeinsame Sprache notwendig; deshalb hat das SPPPI Strasbourg vergangene Woche unter Mitwirkung eines Professors der Universität Oberelsass eine halbtägige Schulung veranstaltet, um die allgemeinen Grundbegriffe und Grundlagen der Modelldarstellung in diesem Bereich zu vermitteln.

Es ist der Begriff „Insider-Delikt“ gefallen, vor dem es die CLIC zu bewahren gilt. Die CLIC haben den Auftrag, die Öffentlichkeit zu informieren. Dieser Tätigkeitsbereich ist noch nicht sehr stark entwickelt, ist aber ernst zu nehmen, da er ein wichtiger Teil der Daseinsberechtigung der CLIC ist. Herr WENCKER sagte vorhin, der Staat erfreue sich keiner besonders großen Glaubwürdigkeit. Ich glaube, man sollte ergründen, woran das liegt.

Im Bereich des Risikomanagements hat der Staat eine dreifache Aufgabe: er hat die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, er ist aber auch Träger von Industrieprojekten (und hat dabei Wohnsiedlungen von Risikoanlagen möglichst fern zu halten), und schließlich ist er in Fällen des Interessenkonflikts zwischen Anlagenbetreibern und Bürgerinitiativen zur Schlichtung aufgerufen, und dabei kann er es nie allen Seiten Recht machen.

Es ist wichtig, dass die Abstimmung in einem permanenten, von der Verwaltung unabhängigen Rahmen stattfindet. In diesem Sinne scheint uns die Tatsache, dass in 6 von 8 CLIC der Vorsitz in Händen eines Kommunalpolitikers liegt, eine gute Sache zu sein.

Ein letzter Punkt: die Risikowahrnehmung kann je nach Gesamtkontext, nach Standort und Umfeld unterschiedlich sein. Wir hatten vor Kurzem in Straßburg einen Fall von spektakulärer Rauchentwicklung, die weder die Umwelt noch die Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigte, die aber große Aufregung hervorrief. Ein permanentes Forum, wo derartige Ereignisse thematisiert werden können, ist daher notwendig. Die Erfahrung mit den lokalen Komitees hat gezeigt, dass es günstig ist, bei außergewöhnlichen Vorkommnissen auf vorhandene Strukturen für Information und Dialog zurückgreifen zu können. Vor einiger Zeit hatte ich den Fall eines Feuers in einem Abfalllager in einem Stollen zu behandeln. Die Tatsache, dass unverzüglich ein Gremium von 35 Personen einberufen werden konnte, das alle Belange repräsentierte, hat die Lösung des Problems wesentlich beschleunigt. Diese permanente Struktur gilt es nun, mit Leben auszufüllen.

Wortmeldungen und Fragen aus dem Saal

Yves LE TALLEC

Generalrat des Bas-Rhin

Ich spreche hier als Kommunalpolitiker der Robertsau. Herr WEISS, Sie haben den langen Prozess der Produktionssteigerung ausführlich beschrieben. Aber von den positiven Auswirkungen Ihrer Umweltschutzmaßnahmen habe ich nichts gemerkt. Die Bewohner der Robertsau beklagen sich nach wie vor über Lärmbelästigung. Da ich die ganze Entwicklung sehr genau verfolgt habe, weiß ich, dass Sie für solche Beschwerden immer ein offenes Ohr haben. Das Nebeneinander von Industrie und Wohnsiedlungen wird immer konfliktreicher. Die Ängste der Bürger, insbesondere in Bezug auf Dioxin, sind oft unverhältnismäßig. So wäre eine kartographische Darstellung der Lärmbelästigungen durch

Industrie und Transport, wie ich sie seit langem fordere und wie sie bereits für Juni 2007 geplant war, für alle Seiten von Nutzen.

30. Mai 2008 vormittags

Cédric BOURILLET

Leiter des Büros für technologische Risiken,
Chemie und Erdölindustrie



Vor rund dreißig Jahren wurden die ersten SPPPI gegründet. Inzwischen haben sie sich eingespielt und bewährt und doch nichts an Flexibilität eingebüßt. Einige sind aus der Not entstanden, um lokale Proteste aufzufangen. Ihre Arbeit hat die Erwartungen weit übertroffen. Mit der Verschärfung der Umweltgesetze in Frankreich konnten die Schadstoffausstöße merklich reduziert werden. Trotzdem gibt es nach wie vor Widerstand gegen Industrieansiedlungen. Wie sieht vor diesem Hintergrund die eher präventive statt kurative Aufgabe der SPPPI aus ?

Nach dem Vorbild der SPPPI sind zahlreiche Verfahren und Strukturen zur Befragung der Öffentlichkeit entstanden: öffentliche Prüfverfahren, die CLIC und die CLIS, die CNDP mit ihren Sonderkommissionen (CPDP). Welchen Platz nehmen all diese Formationen neben den SPPPI ein? Wie sollte ihre Verbindung zu den SPPPI sein, oder umgekehrt, wie sollten sich die SPPPI in diese neuen Strukturen einfügen ?

Und dann gibt es da noch den Umweltgipfel, durch den der Umweltdebatte und der umweltbewussten Demokratie ein neuer Impuls verliehen werden sollte.

Vor einem Monat haben wir Ihnen einen Fragebogen¹ zu diesen Themen zugesandt. Die meisten von Ihnen haben geantwortet, und wir haben Ihre Beiträge, Ideen und Anregungen zusammengefasst. Der heutige Tag soll einer breiten Diskussion über diese Themen gewidmet sein.

¹ Der Fragebogen ist diesem Bericht als Anlage beigefügt

PODIUMSDISKUSSION N°1

Thema : DerUmweltgipfel und die künftigen Aufgaben der SPPPI

Gérard BERNE, Korrespondent SPIRAL

Laurent MICHEL, Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken

André SAVALL, Präsident des SPPPI Toulouse

Lothaire ZILLIOX, Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Jean SENAME, Vertreter des Verbandes ADELFA

Jean-Pierre TURON, Bürgermeister der Gemeinde Bassens (Gironde)

Brice LAURENT, Student des Ingenieurwesens an der Ecole des Mines, Paris

Diskussionsleitung Cathy BIETH

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Gérard BERNE, welche Bereiche des Umweltgipfels können nützlicher Weise von den SPPPI aufgegriffen werden bzw. in welchen Bereichen sind sie berufen zu intervenieren ?

Gérard BERNE

Korrespondent SPIRAL

Wir haben nicht auf den Umweltgipfel gewartet, um die Themen dieser umfassenden Debatte aufzugreifen. Es gibt in der Tat verschiedene Bereiche, in denen die SPPPI berechtigter Weise intervenieren können.

Da sind in erster Linie die Bereiche der **Konzertation** und der **Transparenz**, in denen wir bereits tätig sind und wo wir noch mehr leisten können. Doch dazu sind mehr Mittel und ein echtes Engagement seitens aller Beteiligten notwendig.

Das Thema Gesundheit tritt immer wieder auf. Aber da die Aufgabe des SPPPI nicht darin besteht, den Staat zu ersetzen, kann es auch nicht in allen Bereichen tätig werden. Wir können in Abstimmungsverfahren koordinierend und vermittelnd eingreifen, in gewisser Weise eine pädagogische Rolle spielen. Im SPIRAL sind wir von Gemeinden angesprochen worden, um die gesundheitlichen Auswirkungen der Schadstoffemissionen gewisser großer Industrien im Süden von Lyon zu bewerten. Im SPIRAL sind viele der Betroffenen vertreten. Der PNSE hat in seiner regionalen Ausprägung nach und nach alle diese Belange übernommen. SPIRAL ist in diesen Dingen nicht federführend, aber wir sind das Verbindungsglied zwischen der Arbeit der Sachverständigengremien und der Information der Öffentlichkeit. Jedes SPPPI ist charakteristisch für seine Region. In bestimmten Bereichen können wir Dinge in die Wege leiten, in anderen voll verantwortlich übernehmen.

Aber die SPPPI können auch nicht alles tun. Die genauen Interventionsmöglichkeiten müssen klar umrissen werden. Wir müssen unsere Tätigkeitsbereiche klar definieren und bekanntgeben, und wir sind legitimiert, alle Akteure um einen Tisch zu versammeln und die Öffentlichkeit zu informieren. Das SPPPI steht nicht über den Dingen, sondern hat die Pflicht, seine eigene Leistung in kleinen aber deutlichen Schritten ständig zu verbessern.

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Herr SAVALL, wie sehen Sie die Dinge in Ihrem SPPPI? Teilen Sie die soeben geäußerte Meinung ? Haben Sie nach dem Umweltgipfel konkrete Projekte identifiziert, die Sie in Ihrem SPPPI durchführen könnten ?

André SAVALL

Präsident des SPPPI Toulouse

Der AZF-Unfall hat das SPPPI Toulouse mit voller Wucht getroffen. Wir waren praktisch die einzige Anlauf- und Beratungsstelle unmittelbar nach der Katastrophe. Mit der Gründung der CLIC ist sein Einfluss dann zurückgegangen. Die Chemie- und Energieanlagen in Toulouse sind relativ bescheiden. Der Luftfahrtsektor wird – m.E. zu Unrecht – als problemlos angesehen. Das SPPPI Toulouse ist in erster Linie bestrebt, Altlasten zu beseitigen und Standorte zu restaurieren. Die Frage nach der geeigneten Struktur und dem eigentlichen Zweck der SPPPI ist nach wie vor offen.

In dem Begriff „Umweltgipfel“ ist das Wort „Umwelt“ enthalten. Ein „P“ in „SPPPI“ bezeichnet die industrielle Umweltbelastung. Dies ist eine wichtige Priorität. Dagegen ist „nachhaltige Entwicklung“ ein viel zu weiter Begriff, als dass er eine Zielsetzung der SPPPI darstellen könnte.

Das Problem Umwelt hängt eng mit Gesundheit zusammen; insofern könnten epidemiologische Untersuchungen durchaus von den SPPPI durchgeführt oder mitgetragen werden. Das wäre sehr wichtig, allerdings fehlt dazu die finanzielle Ausstattung.

Im Bereich der Verbesserung der Qualität der Luft hat die Industrie in den letzten zwanzig Jahren große Anstrengungen unternommen. Seit kurzem hat man festgestellt, dass auch die Verkehrsmittel für einen beträchtlichen Teil der Luftverschmutzung in den Stadtzentren verantwortlich sind. Unter diesen Umständen muss man sich fragen, ob das „I“ in „SPPPI“ noch seine volle Berechtigung hat. Es ist schwierig, in diesem Bereich eine genaue Zuweisung der Verantwortlichkeit vorzunehmen. Zwar erstellt die DRIRE regelmäßig Pläne zum Schutz der Luftqualität, aber Abgrenzungen sind nicht immer mit Präzision möglich.

Wenn man will, dass die SPPPI im Bereich der nachhaltigen Entwicklung tätig werden, müssen ihre Strukturen von Grund auf neu gestaltet, und auch ihre Bezeichnung sollte überdacht werden. Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und Industrie verfolgen nicht die selben Belange. Vielleicht müsste der Auftrag der SPPPI insgesamt überdacht werden.

Sollten sich die SPPPI auf die Industrieproblematik konzentrieren, oder sollten sie im Sinne des Umweltgipfels breiter angelegte Ambitionen haben? Ich persönlich glaube, ein SPPPI sollte für die Sorgen der Bevölkerung, besonders der Anrainer, zur Verfügung stehen. Es sollte gleichsam das Eingangstor für die Konzertation sein. Die CLIC sind durch Präfektoral-Erlasse eingerichtet worden; die SPPPI müssen anders funktionieren. Gegenwärtig öffnen die Vorgaben des Umweltgipfels neue Horizonte, die allerdings m.E. nicht ganz mit den Zielsetzungen der SPPPI vereinbar sind. Aber vielleicht genügt es, letztere neu zu definieren...

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Herr SENAME, wie sehen Sie die Dinge in Bezug auf Ihr eigenes SPPPI?

Jean SENAME

Vertreter des Verbandes ADELFA

Ich bin Präsident eines Verbandes, der im Küstenbereich tätig wird, wo 13 - bald 14 -Anlagen vom Typ SEVESO und ein großes Kernkraftwerk angesiedelt sind.

Der Umweltgipfel wurde von einigen als ein großer Schritt nach vorn bezeichnet. Ich denke, dass wir erst mit einem gewissen Abstand seinen Nutzen beurteilen können, aber es steht bereits jetzt zu befürchten, dass die Hoffnungen, die wir in ihn gesetzt hatten, nicht vollständig erfüllt worden sind; denn :

- die Beschlüsse, welche in Bezug auf die GMOs gefasst worden sind, sind unserer Meinung nach mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar;

- die Überlegungen zur Energieversorgung sind unseres Erachtens unvollständig, weil sie die Entwicklung der Kernkraft außer Acht lassen;
- das Thema Wachstum ist aus den Diskussionen herausgelassen worden. Im ATTALI-Bericht wird ein Zuwachs des BIP um 5% pro Jahr angenommen, was völlig unrealistisch ist. Es müsste vielmehr ein "sanftes" Wachstum angestrebt werden.

Wir wollen an einem vernünftigeren Vorhaben arbeiten. Statt Arbeitsplätze in der Schwerindustrie schaffen zu wollen, sollte man Arbeitsplätze von hoher Qualität anstreben, die einen möglichst geringen CO₂-Ausstoß verursachen. Der Druck auf unsere Umwelt muss verringert, der drohende Infarkt im Straßenverkehr verhindert werden. Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Darüber hinaus werden die Ungleichheiten im Zugang zu Gütern und Dienstleistungen immer gravierender.

Selbst wenn der Umweltgipfel uns nicht hundertprozentig zufriedenstellt, so zeigt er doch mehrere Möglichkeiten für demokratischere Vorgehensweisen auf. Man muss sich Gedanken machen über das öffentliche Prüfverfahren, das durch Texte geregelt wird, welche über ein Jahrhundert alt sind, und das daher reformiert werden muss, damit es wirklich den Willen der Bevölkerung ermittelt. Ebenso notwendig ist es, in stärkerem Maße unabhängige Gutachten einzuholen. Schließlich engagieren sich Verbände und Bürgerinitiativen sehr stark für die Thematik des Umweltgipfels, aber dabei handelt es sich ausschließlich um ehrenamtliche Tätigkeit. Der Status, den wir allein innehaben, muß sich weiterentwickeln. Wir verrichten einen Dienst an der Gesellschaft, der leider nicht hinreichend anerkannt wird.

Gesundheitsrisiken sind chronische Risiken. Wir dürfen nicht warten, bis ein neuer AZF-Fall auftritt, bevor wir uns über unsere 14 hochschwelligten SEVESO-Anlagen ernsthaft Gedanken machen. Ein weiteres Risiko, das wenig im Gespräch ist, sollten wir nicht vergessen – die Gefahrguttransporte auf den Straßen und in den Rangierbahnhöfen. Auch der Klimawandel macht uns ernsthaft Sorgen.

Frankreich gehört zu den Ländern, die wenig Energie erzeugen, aber viel Energie exportieren. Das sollten wir einmal hinterfragen. Ohne einer Wirtschaftsabschwächung des Wort reden zu wollen, sollten wir uns doch überlegen, ob nicht von nun an ein „sanftes Wachstum“ angebracht ist, und wir sollten uns die Einsicht zu eigen machen, dass wir im 21. Jh. die ungezügeltere Wirtschaftsentwicklung des 20. Jh. nicht fortsetzen können.

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Herr Laurent BRICE, Sie schreiben gerade Ihre Abschlussarbeit über die Konzertation. Wie reagieren Sie auf das bisher Gesagte?

Laurent BRICE

Student des Ingenieurwesens an der Ecole des Mines, Paris

Ich möchte besonders auf die neuen Projekte zu sprechen kommen. Das SPPPI könnte bei ihrer Durchführung eine Rolle spielen. Wie Sie wissen, ist außer einer gewissen Investition eine öffentliche Debatte gefragt. Sie ist notwendig, um die Akteure zu identifizieren und die Problematik zu umreißen. Doch die öffentliche Debatte – obwohl interessant – regelt an sich noch nicht alle Probleme. Die Kommission der öffentlichen Debatte erstellt einen Bericht, der Bauträger fällt seine Entscheidung. Was die Anrainer anbelangt, so ist der nächste Schritt das öffentliche Prüfverfahren, das aber häufig erst mehrere Jahre später stattfindet. Die Zeit, die zwischen den beiden Etappen liegt, ist zu lang, um eine echte Mitsprache der Bürger zu ermöglichen. Diese Zeit müsste ausgefüllt werden, durch eine fortgesetzte Debatte der Akteure über die anstehenden Problemen. Dabei kann ein SPPPI aufgrund seiner Flexibilität eine wichtige Rolle spielen.

Allerdings müssten die Fragen, die von einem SPPPI behandelt werden können, zunächst genau umrissen werden (z.B. Fragen der Artenvielfalt und industrielle Risiken sind zwei getrennt zu behandelnde Bereiche). Als weiteres Problem kommt hinzu, dass für Verbände die Teilnahme an einer öffentlichen Debatte einen großen finanziellen Aufwand mit sich bringt. Ihre dauerhafte Mitarbeit in einem SPPPI könnte sich daher als schwierig erweisen.

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Herr TURON, was haben Sie zu all diesen Projekten zu sagen?

Jean-Pierre TURON

Bürgermeister der Gemeinde Bassens (Gironde) und Mitglied des SPPPI der Halbinsel Ambès

60% des Territoriums von BASSENS liegen in einem Industrie- bzw. Hafengebiet. Wir haben 20 Industrieanlagen, 5 davon in der SEVESO-Klasse. Jedes neue Ansiedlungsprojekt stößt daher zunächst auf Widerstand.

Das Positive am Umweltgipfel ist, dass es ihn gibt. Das Problem Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung muss auch unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung gesehen werden. Es gibt dabei mehrere Konfliktbereiche, insbesondere zwischen der allgemeinen Sicht der Dinge und der lokalen Konkretisierung. Ein Beispiel: alle sind sich darüber einig, dass wirtschaftliche Entwicklung notwendig ist..., aber nicht vor der eigenen Haustür. Und soll eine Industrieanlage bei uns angesiedelt werden, fragen wir uns: „Was für ein Gesundheitsrisiko bringt das mit sich?“ „Was für einen Vorteil bringt uns das?“ „Welchen Ausgleich bekommen wir in unserer Gemeinde für diese Belastung?“ An erster Stelle steht also der Ausgleich für die Bewohner und die Frage, ob die Unternehmen ihre Verpflichtungen einhalten werden. Konzertation und das SPPPI können hier Vertrauen schaffen.

Ein zweites Beispiel: alle Welt ist für den Kombiverkehr. Aber wenn man den Fernlastverkehr von der Straße holen und stattdessen Schifffahrt und Schienenverkehr bevorzugen will, vergisst man häufig, dass an den Verladestellen der Straßenverkehr zunimmt.

Auch globale und lokale Vision stehen im Konflikt. Im Oktober/November habe ich in meiner Gemeinde ein öffentliches Prüfverfahren für den Bau einer Plattform zum Abwracken von Schiffen und das mögliche Eintreffen der Clémenceau akzeptiert. Für mich war dies in Bezug auf meine Wiederwahl ein Risiko, denn die Gemeinde hat bereits einen asbestverseuchten Standort, unter dem die Bevölkerung leidet. Die Entscheidung sollte im Januar fallen, aber nichts geschah. Warum? Weil das Ministerium einen Standort im Ausland in Erwägung zieht, der billiger ist und weniger strenge Kontrollen verlangt. Denn wir hatten natürlich eine Reihe von Garantien sowie kontinuierliche und unangemeldete Kontrollen verlangt. Soweit wir erfahren haben, fiel die Entscheidung zugunsten eines Standorts in einem europäischen Nachbarland aus, wo man es nicht so genau nimmt und die Preise niedriger sind. Die Umweltverbände, die mich unterstützt hatten, sind aber sehr wachsam und warten auf die Ankündigung der Entscheidung. Dann werden wir sehen, ob man sich an die großen Prinzipien des Umweltgipfels hält oder nicht.

Lothaire ZILLIOX

Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Maurice COUVE de MURVILLE sagte einmal: „Über den Erläuterungen dessen, was man tut, vergisst man zu tun, was man erläutert.“

Die SPPPI sind die einzigen Orten, an denen sich jene treffen, die Gewissheiten, Fragen und Widersprüche mit sich herumtragen. Wie in dem Fall der Großbäckerei, über den wir gestern gesprochen haben, wird eine Stelle gebraucht, die mannigfaltigen Sachverstand in sich vereint – Humanwissenschaften, Naturwissenschaften usw. Warum könnte das SPPPI nicht die Rolle des kollektiven Sachverständigen übernehmen? Schließlich ist es dazu da, Konflikten vorzubeugen.

Laurent MICHEL

Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken – MEEDDAT

Einige Überlegungen zu den Aufgaben der SPPPI und des Umweltgipfels.

Wir stehen an einem Scheideweg von Überlegungen, die auch mit gewissen gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen. Die Frage, ob das SPPPI sich ausschließlich mit der Industrie beschäftigen soll, stellt sich seit geraumer Zeit immer aufs Neue. Der Umweltgipfel hat Probleme

thematisiert, die seit langem latent vorhanden sind; jetzt aber werden sie genau definiert und einer geeigneten Lösung zugeführt. Dies entspricht der Vorgehensweise der SPPPI.

Der Umweltgipfel fällt keine Musterentscheidungen, die für alle Regionen in gleicher Weise gelten; dazu sind die Hintergründe und Organisationen zu unterschiedlich. In großen Zügen kann man jedoch folgendes für alle festhalten :

- eine zunehmende Sorge um die Gesundheit aufgrund der Entwicklung neuer Methoden,
- die Problematik verschmutzter Böden im Rahmen der Raumordnung und des Umweltschutzes.

Zu diesen Themen kann das SPPPI eine Debatte erleichtern.

Der Umweltgipfel ebenso wie die Debatte, die wir gegenwärtig führen, machen deutlich, dass die SPPPI eine möglichst breite Zuständigkeit behalten sollten.

Es gibt sicher in den Abstimmungsverfahren eine nächst höhere Stufe, mit Verfahren zur Behandlung von Widersprüchen und der Einbringung pluralistischen Sachverstands. Die Informations- und Kommunikationstechnik bietet heute enorme Möglichkeiten zur Verbreitung von Information sowie für den Zugriff auf sie, aber auch sie reichen nicht aus. Das Problem der Finanzierung und der notwendigen Kompetenzen besteht nach wie vor.

Wortmeldungen und Fragen aus dem Saal

Marie-Paule HOCQUET SPPPI Côte d'Opale Flandern

Ich wohne in einer Arbeiterstadt, die mehr als ihr erträgliches Maß an Industrie hat, und ich bin der Meinung, der Begriff „Akzeptanz“ sollte durch den Begriff „Toleranz“ (gegenüber einem notwendigen Übel) ersetzt werden.

Was die Frage des Sachverstandes betrifft – was nützt er, wenn er zu keinen konkreten Ergebnissen führt? Alle diese Verfahren dauern zu lange, und in der Zwischenzeit leben wir weiter unter schlechten Bedingungen. Um in eine gesündere Gegend zu ziehen, fehlen uns die Mittel. Zum Beispiel der Asbestskandal: es ist bekannt, dass jene, die bei ihrer Arbeit mit Asbest in Kontakt gekommen sind, erkrankt sind. Aber sie werden in ihrem Kampf allein gelassen.

Man weiß, das Nebeneinander von Industrie und Wohngebieten ist problematisch, aber vor allen Dingen mangelt es an Transparenz. Da wird ein Antrag gestellt für eine Betriebseinheit, und was schließlich gebaut wird, sind mehrere Betriebseinheiten mit einem wesentlich höheren Risiko. Im Fall des Methanterminals beispielsweise, bin ich mir nicht sicher, ob die vorgelegten Pläne wirklich dem entsprechen, was letztendlich gebaut wird. Im Grunde genommen geht es doch darum, ob man die Bevölkerung respektiert. Man muss uns als Partner akzeptieren. Und dafür gäbe es verschiedene konkrete Möglichkeiten, die nicht einmal viel kosten.

François GIANNOCCARRO CIRIMI

Ich schließe mich der Aussage von Präsident ZILLIOX an: wenn es die SPPPI nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Ein ehemaliger Mitarbeiter der DRIRE im Isère pflegte zu sagen: „Wir haben ein SPPPI vom Typ Canada Dry – es hat die Farbe und die Zusammensetzung, aber es ist kein echtes SPPPI.“ Die Realität im Isère ist folgende: auf 480 000 Einwohner kommen 25 hochschwellige SEVESO-Betriebe. Trotzdem entsteht kein SPPPI, obwohl die DRIRE ihrerseits Personal dafür eingeplant hatte.

Zu den bisher genannten Themen möchte ich noch ein Problem hinzufügen: das Stauwehr. Wie steht es mit der Abstimmung mit der Bevölkerung unterhalb des Stauwehrs zu einer Zeit, da die Konzessionen ablaufen und neu ausgeschrieben werden, da einige Bauwerke rund hundert Jahre alt sind und Alkalischäden am Beton aufweisen?

Im Isère haben wir darüber hinaus Schwierigkeiten mit dem Gefahrguttransport. Es ist uns zwar gelungen, die Betriebe und Gemeinden sowie einige Transportunternehmen um einen Tisch zu versammeln, aber wir haben nirgends einen Platz, wo wir uns aussprechen können. Der einzige, der dieses Anliegen vielleicht schultern könnte, wäre der Präfekt. Eine Struktur wie ein SPPPI wäre für das Isère ganz eindeutig vonnöten.

Yves DELACRETAZ
SPIRAL, verantwortlich für Katastrophenschutz

Ich bin Herrn TURON für seine Ausführungen sehr dankbar. Er hat uns vor Augen geführt, dass die Konzertation, die er mit den Bewohnern durchgeführt hat, eine umfassende Beurteilung des Problems in Zusammenhang mit der Abwrackwerft ermöglicht hat. Jetzt ist der Staat gefordert, eine Lösung zu finden. Als Bürgermeister hat er die Befugnis, das Territorium seiner Gemeinde unter Einbeziehung vorhandener Industrieanlagen zu gestalten. Auch die SPPPI sind geeignete Orte für eine Debatte über Industrieansiedlungen und die Entwicklung des Gefahrguttransports.

Herr ZILLIOX, die Straßburger Kommunalpolitiker haben ihre Absicht angekündigt, den lokalen Bebauungsplan in den kommenden 3 Jahren zu überarbeiten. Sind Sie aufgefordert worden, ihre Erfahrungen einzubringen, oder – falls dies nicht geschehen ist – werden Sie den Vorschlag machen, bei dieser Konzertation mitzuwirken ?

Lothaire ZILLIOX
Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Wir haben gemeinsam mit der DRIRE die Überarbeitung des PLU beantragt. Ich hoffe, die neue Stadtregierung, die im Übrigen dieselbe ist, die 1992 das SPPPI eingerichtet hatte, wird mit uns zusammenarbeiten, und diese Zusammenarbeit wird sich positiv auf den PLU auswirken.

Referat: „Erlass und neue Satzungen für die SPPPI. Umsetzung des neuesten Berichts der Generalinspektion Umwelt“

Anne MARAL
Sonderbeauftragte im Büro für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Nachdem im Jahr 2003 die CLIC durch Gesetz eingerichtet wurden, erhielt die Generalinspektion 2004 den Auftrag, die Organisations- und Funktionsmodalitäten der SPPPI zu begutachten.

Diese Begutachtung führte zu der Erkenntnis, dass die SPPPI als Gremien, in denen Kommunalpolitiker, Industrielle, Verbände, Umweltschützer, Wissenschaftler und Verwaltungen vertreten sind und damit wahre Parlamente der industriellen Umwelt in dem jeweiligen Gebiet darstellen, eine solide und wirksame Arbeit verrichten.

Jedoch hat sich ergeben, dass die SPPPI mit zwei Problemen konfrontiert sind :

- ihr rechtlicher Status ist nicht endgültig geklärt
- die Bildung der CLIC hat sie in ihrem Vorgehen geschwächt.

In Bezug auf die rechtliche Struktur haben wir zwei Möglichkeiten untersucht.

Erstens, die gemeinnützige Gruppierung (GIP), die eine Reihe von Vorteilen aufweist :

- sie hat einen gemeinnützigen Zweck
- sie lässt den Zusammenschluss öffentlicher und privater juristischer Personen zu
- sie erlaubt die Zusammenlegung von Mitteln und verbietet Gewinne
- sie sieht nicht automatisch eine Korrelation zwischen eingebrachten Mitteln und Funktion in dem Gremium vor
- sie ermöglicht weitgehende Flexibilität bei Organisation, Funktionieren und Verwaltung.

Trotz dieser Vorteile gibt es heute nur wenige Gruppierungen dieser Art. Es sind schwerfällige Strukturen, in denen es für den Staat schwer ist, sich auf mehrere Jahre zu engagieren. Trotzdem ist MEEDDAT der Meinung, dass die GIP als Lösung in Betracht kommt.

Zweitens, die Vereinigung nach dem Gesetz von 1901.

Diese Form hat folgende Vorteile: sie ist leicht zu gründen, flexibel zu handhaben, der Verwaltungsaufwand ist gering, die Zusammenlegung der Mittel ist einfach, Beschlüsse werden kollegial getroffen. Der größte Nachteil liegt darin, dass sie als „De-facto-Verwaltung“ gilt.

Ferner sieht der Bericht vor, im Buch I des Umweltkodex, Titel II, Kapitel V, Sektion 6 eine flexible Formulierung einzuführen, welche die Verwaltung der SPPPI erleichtert.

Der Erlass zur Errichtung der SPPPI legt im wesentlichen drei Dinge fest :

- er überlässt den Gemeinden die Wahl der Struktur und der Funktionsweise, die den lokalen Bedingungen am besten angepasst sind;
- er sieht ihre Zusammensetzung vor: Vertreter staatlicher Stellen, betroffene Gebietskörperschaften, Unternehmen oder Wirtschaftsvertreter, Arbeitnehmer, Privatpersonen oder Umweltschutzverbände, andere geeignete Persönlichkeiten;
- er definiert die Aufgaben der SPPPI :
 - ein Forum zu sein für Diskussionen über prioritäre Maßnahmen zum Schutz gegen Verschmutzung und industrielle Risiken in dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich,
 - zum Austausch und zur Verbreitung guter Praktiken im Bereich der Information und Partizipation der Bürger beizutragen.

Dieser Erlass wird gegenwärtig unterzeichnet.

PODIUMSDISKUSSION N° 2

Thema: „Die Organisation der SPPPI und ihre Verbindung zu den CLIC“

Gérard BERNE, Korrespondent SPIRAL
Laurent MICHEL, Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken
André SAVALL, Präsident des SPPPI Toulouse
Lothaire ZILLIOX, Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl
Jean SENAME, Vertreter des Verbandes ADELFA
Jean-Pierre TURON, Bürgermeister der Gemeinde Bassens
Marc CAFFET, Generalingenieur
Sébastien CROMBEZ, Student des Ingenieurwesens an der Ecole des Mines, Paris



Diskussionsleitung Cathy BIETH

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Wir werden uns jetzt der Organisation der SPPPI und ihrer Verbindung zu den CLIC und anderen Kommissionen zuwenden. Im Fragebogen wird auch das Thema der für das Vorgehen der SPPPI geeigneten territorialen Ebene angesprochen. Die Antworten, die wir erhalten haben, sind ebenso vielfältig wie es die SPPPI selbst sind, aber ein Anliegen ist überall das gleiche: sie alle wünschen einen möglichst großen Spielraum, um sich auf die aktuelle Entwicklung einstellen zu können. Ich schlage vor, dass Marc CAFFET von seinem gegenwärtig laufenden Auftrag berichtet.

Marc CAFFET

Generalrat für Ingenieurwesen – Generalinspektor für Umwelt

Laurent MICHEL hat uns eine Untersuchung der „*Entwicklung des Auftrags und der Stellung der SPPPI*“ anvertraut. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt fehlt uns noch der gebotene Abstand, aber was wir bereits feststellen können, ist die große Diversität der Gegebenheiten in den Regionen, sodass für die SPPPI nicht nur ein einziges Modell in Frage kommen kann. Mehrere Faktoren haben den Anstoß zu dieser Untersuchung gegeben :

1. der Umweltgipfel, der allerdings nicht das A und O der Zukunft der SPPPI ist,
2. der 5. Pfeiler durch die Präsenz von Arbeitnehmern in den SPPPI,
3. die Entwicklung der Erwartungen der Bevölkerung, die sich häufiger über Lärm- und Geruchbelästigung beschwert als über potentielle Industrierisiken.

Die Untersuchung hat drei Fragenkomplexe ergeben :

1. bezüglich des relevanten Territoriums (die Größe der Regionen ist sehr unterschiedlich),
2. bezüglich der zukunftsrelevanten Themen (z.B. Schutz der Artenvielfalt),
3. bezüglich der geeigneten Art der Führung.

Die Zukunft wird sicherlich noch zahlreiche weitere Fragen aufwerfen.

Cathy BIETH

Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Danke Herr CAFFET. Herr TURON, wie sieht die Verbindung zwischen den SPPPI und den CLIC in Ihrer Region aus?

Jean-Pierre TURON

Bürgermeister der Gemeinde Bassens (Gironde) und Mitglied des SPPPI der Halbinsel Ambès

Wir befinden uns noch in der Phase, in der die Einrichtung der CLIC das SPPPI etwas verunsichert hat. Die CLIC haben jedoch nicht alle anstehenden Aufgaben übernommen.

Seit zweieinhalb Jahren ist die Ausarbeitung eines Plans zur Risikovorbeugung (PPRT) im Gange, aber die Strategien ändern sich ständig. Es gelingt uns noch nicht einmal, den Rahmen für einen derartigen Plan festzulegen, obwohl es dringend notwendig wäre, in dieser Hinsicht voranzukommen, damit man zusammen mit den CLIC etwas Konkretes leisten kann.

Ich bin der Ansicht, ein SPPPI muss sich mit einem Risikogebiet decken. Für uns wäre das die Halbinsel Ambès. Dagegen haben wir zwei CLIC, eines für jede der beiden SEVESO-Anlagen.

Jo DAIRIN

SPPPI Côte d’Opale Flandern

Es ist wichtig, dass wir die Frage der geeigneten Größe selbst entscheiden können. Für unser SPPPI Côte d’Opale ist die Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs äußerst relevant. Unser SPPPI wird von einem Verband verwaltet, was eine sehr flexible Lösung ist.

Auch die CLIC müssen sich zunächst einmal zurechtfinden. Ihr Status sollte möglichst offen sein. Ein PPRT ist auch bei uns noch nicht entstanden, was bei der Beantragung von Baugenehmigungen Probleme aufwirft. Man sagt uns, wir sollten noch ein/zwei Jahre Geduld haben.

Bernard DUHOUX

SPPPI Hainaut Cambresis Douaisis

Ich habe in der Vergangenheit das SPPPI Pas de Calais verwaltet. Man sagte uns, die Vereinsform sei nicht geeignet. So haben wir eine GIP gegründet. Doch nach zwei Jahren haben wir aufgegeben. Eine GIP bedeutet das Ende des SPPPI.

Nach dem Erlass hat sich nicht viel geändert. Die Rolle der SPPPI darf nicht auf die Probleme der industriellen Verschmutzung beschränkt werden. Die Region Pas-de-Calais hat in Bezug auf die Kontakte mit DRIRE und DIREN eine Vorreiterrolle gespielt. Man hat uns aufgefordert, uns in dieser Weise fortzubilden. Angesichts dieser Öffnung der Verwaltung wäre es bedauerlich, sich nur auf die industrielle Problematik zu konzentrieren; denn die neue Verwaltungsstruktur wird wesentlich breitere Bereiche behandeln.

Gérard BERNE

Korrespondent SPIRAL

Ich begrüße die verordnungsrechtliche Anerkennung der SPPPI durch diesen Erlass.

Was den Rechtsstatus der SPPPI betrifft, so ist dies nach wie vor eine offene Frage. Wir haben es mit einer GIP versucht – es war nicht die richtige Lösung. Die Form eines Vereins auch nicht. Ich glaube, der Staat lehnt es ab, sich daran zu beteiligen. Alle zwei Jahre stellt man uns ein neues Modell vor. Also funktionieren wir ohne Rechtsstatus. Es scheint mir auch wesentlich wichtiger zu sein, sich um die materiellen Mittel zu kümmern.

Wir haben 26 CLIC gegründet; die SPPPI übernehmen die Sekretariatsfunktion für die CLIC. Dadurch wird das Funktionieren der CLIC an einer Stelle zentralisiert, und die Information über ihre Tätigkeit läuft ebenfalls an einer Stelle zusammen.

Was das relevante Territorium angeht, so hängt das von der jeweiligen Region ab. In Rhône Alpes wäre es schwierig, mit einem einzigen SPPPI auszukommen. Um voranzukommen, brauchen wir einen starken Impuls seitens MEEDDAT bei den DRIRE.

Caroline HENRY

SPPPI Vallée de Seine, Gruppenleiterin der Unterabteilung Yvelines

Das SPPPI Vallée de Seine wurde wegen der chronischen Risiken eingerichtet. Wir haben nur wenige SEVESO-Anlagen. Das SPPPI hat sich an die Struktur der CLIC angehängt und nimmt jetzt an allen CLIC der Yvelines teil, also nicht nur im Gebiet seiner Zuständigkeit. Dadurch ist es möglich, die Position der verschiedenen CLIC aufeinander abzustimmen. Es ist wichtig, auch Fragen anzugehen, die über den Bereich der Industrierisiken hinausgehen. Zum Thema chronische Risiken z.B. stellen wir in den Yvelines eine wachsende Teilnahme an den Kommissionen des SPPPI fest. Das Territorium dieses SPPPI fällt geographisch mit einer Maßnahme von nationalem Interesse (OIN) zusammen. Auf diese Weise lässt sich der Bereich der behandelten Themen ausweiten. Der Präfekt, der Präsident des SPPPI ist, hat uns gebeten, an der Ausarbeitung des Projekts für diese OIN mitzuwirken. Gegenwärtig arbeiten wir im Rahmen dieser OIN an der Erstellung von Kohlenstoffbilanzen für das „Territorium“ und für die „Unternehmen“, wie vom Umweltgipfel vorgesehen. Das SPPPI Vallée de Seine hat nicht nur Ideen, sondern führt auch konkrete Aktionen durch.

Jean-Claude CHEINET

Präsident CYPRES

Das SPPPI PACA wurde 1972 zu der Problematik der Industrierisiken gegründet und ist damit eines der ältesten. Es hat sich aber unter dem Druck seiner Teilnehmer wie dem der Bevölkerung in stärkerem Maße auch den Gesundheitsrisiken zugewandt.

Was das Thema Konzertation anbetrifft, so haben wir ein Dokument für die breite Öffentlichkeit herausgegeben, das allerdings zu 100% vom Staat verfasst wurde. Die Partner der Konzertation standen nicht mehr zur Verfügung. Die wirkliche Abstimmung fand im Rahmen eines interkommunalen CLIE statt, aus dem ein CLIC wurde, das wir auch für andere Personen geöffnet haben. Damit haben wir eine echte partnerschaftliche Arbeit leisten können.

Ich arbeite auch in einigen GIP mit. Soviel ich weiß, entspricht der Einfluss eines jeden Partners seinem finanziellen Beitrag. Es ist eine recht schwerfällige Struktur.

Sébastien CROMBEZ

Student des Ingenieurwesens an der Ecole des Mines, Paris

Ich möchte etwas zu der Rolle sagen, die das SPPPI als Zwischenglied zwischen öffentlicher Debatte und öffentlichem Prüfverfahren spielen könnte. Die meisten Personen, die an einer öffentlichen Debatte teilnehmen, haben den Eindruck, dass sie ins Leere geht. In der Tat gibt es einen Leerraum zwischen der öffentlichen Debatte und dem öffentlichen Prüfverfahren. Diesen Raum könnten die SPPPI ausfüllen, da :

- sie eine gewisse Legitimität besitzen. Wenn ein großes staatliches Unternehmen eine Debatte führt, kann es in eigener Führung eine Abstimmung anschließen. Würde ein Privatunternehmen das Gleiche versuchen, würde das mit Sicherheit nicht so bereitwillig akzeptiert. In solchen Fällen könnte ein SPPPI nützlicherweise einsteigen;
- sie seit langem beständig funktionieren, was im Vergleich mit Ad-hoc-Strukturen, die ständig inneren Spannungen ausgesetzt sind, ein großer Vorteil ist;
- sie sehr flexibel sind, was es ihnen ermöglicht, eine Vielzahl von Problemen in Zusammenhang mit einer Anlage in ihre Prüfung einzubeziehen.

Laurent MICHEL

Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken

Was den Rechtsstatus anbetrifft, befinden wir uns in einem für Franzosen typischen Dilemma: wir können uns zwischen dem Modell des Sowjetstaates und dem der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht entscheiden. Einerseits erwarten wir alles vom Staat, andererseits heißt es, der Staat solle sich nicht einmischen.

Wir müssen mit diesem Widerspruch leben. Der Staat muss in der Tat Impulse geben, wenn er aktive SPPPI will. Ein einheitliches Modell ist dagegen aufgrund der Natur der SPPPI nicht denkbar.

Der Erlass war eine Antwort auf den Wunsch einiger SPPPI nach Klärung und Festlegung einiger Grundprinzipien und –aufgaben, die allerdings ausbaufähig sein sollten. Darin unterscheiden sich die SPPPI von den CLIC, die in den Texten präziser definiert sind. Die SPPPI sollen auch nicht durch den Erlass stärker reglementiert werden. Lediglich aus logistischen und methodologischen Gründen sollten gewisse Mittel mit den CLIC zusammengelegt werden. Abgesehen davon sollte man den SPPPI freie Hand geben.

Was den administrativen Status angeht, hat das Ministerium davon abgesehen, den SPPPI die Struktur einer GIP aufzuzwingen, sonst hätte es ein entsprechendes Rundschreiben an die Präfekten geschickt und hätte sich aus den SPPPI, die diesen Status nicht annehmen, zurückgezogen. Es hat nie die Absicht bestanden, den SPPPI die Struktur der GIP aufzuzwingen. Die Frage nach der Vereinsstruktur tritt immer wieder aufs Neue auf. Man macht sich Gedanken über das Risiko der „De-facto-Verwaltung“, aber dazu müssten eine ganze Reihe von Faktoren zusammentreffen. Wichtiger ist wohl die Tatsache, dass sich der Staat vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Haushaltslage nicht langfristig zur Übernahme von Betriebsausgaben verpflichten will, die mit inflationistischer Tendenz regelmäßig anfallen würden. Aber warum sollte man den Vereinsstatus nicht sorgfältiger prüfen?

Was die staatlichen Impulse angeht, so zeigen doch die Veranstaltung der verschiedensten Sitzungen und der Inspektionsauftrag deutlich unser Interesse. Die Idee ist, die Erfahrungen vor Ort zu nutzen und auszutauschen und daraus ggf. nationale Standpunkte zu formulieren. Der Impuls ist da, aber er muss von den Strukturen vor Ort aufgegriffen und weitergetragen werden.

Joseph KLEINPETER

Stellv. Direktor von ASPA

Der Präfekt ist Vizepräsident der ASPA. Die DRASS hatte die Frage bezüglich der De-facto-Verwaltung gestellt. Die Tatsache, dass der Staat an einer Organisation beteiligt ist, stellt kein Problem dar. Kann der Wirtschafts- und Sozialausschuss seinen Handlungsrahmen nicht auf nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz ausdehnen? Wenn zum Zweck der Gesamtleitung eine regionale Struktur entstehen

würde, welchen Platz würden dann die SPPPI zwischen den CLIC und dieser neuen Instanz einnehmen ?

Debatte über die Schaffung eines „Clubs der SPPPI“

Cécile CASTEL

SPPPI Vallée de Seine

Dies könnte eine Möglichkeit der Begegnung zwischen den SPPPI untereinander oder zwischen SPPPI und Ministerium sein. Überall im Land wird über Kohlenstoffbilanz und Energiediagnose gesprochen. Das sind Themen, zu denen wir bereits Arbeiten begonnen haben, die wir mit anderen SPPPI teilen könnten. Das SPPPI Strasbourg-Kehl hat vorhin von Schulung gesprochen. Wir wären sehr an einem Austausch über dieses Thema interessiert.

Thierry DUBUIS

SPPPI Côte d’Opale Flandern

Wie soll der Club der SPPPI nach der Vorstellung des Ministeriums aussehen? Soll es ein Club der Leiter der SPPPI sein, ein Club der DRIRE, die ein SPPPI auf ihrem Territorium haben, oder – da jedes SPPPI 5 Kollegien umfasst – würde sich dieser Club aus einem Vertreter pro Kollegium zusammensetzen ?

Lothaire ZILLIOX

Präsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Zusammenlegung und Austausch von Erfahrungen ist seit dem Beginn des Bestehens der SPPPI möglich.

Zwei SPPPI sind hier durch ihre Präsidenten vertreten. Die übrigen stehen unter der Leitung eines Präfekten. Ich würde es für gut halten, wenn die Leitung der SPPPI vereinheitlicht würde, damit sie in vergleichbarer Weise funktionieren können. Wie soll ein Präsident eines SPPPI, der ein Abstimmungsorgan leitet, aber keine Entscheidungsfunktion hat, auf gleicher Augenhöhe mit einem Präfekten arbeiten, der selbst Entscheidungsinstanz ist ?

Laurent MICHEL

Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken

Diese Frage kann man sich in der Tat stellen, aber ich bin nicht sicher, dass die 13 SPPPI, die von einem Präfekten geleitet werden, dadurch in ihrer Arbeit behindert werden. Theoretisch könnte man die Leitung auch einer anderen qualifizierten Person anvertrauen oder den Kollegien im Turnus den Vorsitz übertragen. In Fällen, wo der Präfekt ein SPPPI leitet, muss er sich auf einen Vizepräsidenten abstützen können; denn er kann unmöglich selbst alle Informationssitzungen leiten.

Zum Club der SPPPI. Jedes SPPPI könnte zu eher technischen als strategischen Sitzungen wie heute seine Vertreter entsenden. Die SPPPI müssen sich aktiv beteiligen, denn das Ministerium kann zwar Hilfestellung leisten, aber nicht alles allein bewältigen.

Michel SACHER

CYPRES

Dieser Club der SPPPI muss auf Ebene der technischen Arbeitsgruppen gebildet werden. Meistens haben diese Experten keine Gelegenheit, sich mit den Kollegen der anderen SPPPI auszutauschen. Die Strukturen, in denen SPPPI zusammenkommen können, sind traditionsgemäß auf die DRIRE oder das Ministerium beschränkt. Aber die Praktiker vor Ort sind im Allgemeinen nicht gewohnt – auch fehlen ihnen die Mittel -, an Sitzungen teilzunehmen. Wenn ein Club geschaffen werden soll, dann um diese Personen miteinander in Kontakt zu bringen. Der Austausch von elektronischer Post allein reicht nicht.

André SAVALL
SPPPI Toulouse

Damit ein solcher Club funktionieren kann, sind ein Leiter und ein stellvertretender Leiter notwendig. Warum könnte man nicht damit beginnen, auf einer Internetseite Ideen zusammenzutragen? Eine leichte Struktur würde ausreichen, um über laufende Untersuchungen zu berichten und die Liste der Anliegen und Themen, die von der Basis oder vom Ministerium kommen, auf dem neuesten Stand zu halten. Eine starke Leitung ist allerdings notwendig; sie darf nicht nur punktuell geleistet werden, sondern muss kontinuierlich zur Verfügung stehen.

Caroline HENRY
SPPPI Vallée de Seine

Das Ministerium ist die richtige Stelle, um die Leitung dieses Clubs in die Hand zu nehmen, zumindest aber seine Gründung.

Laurent MICHEL
Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken

Wenn ein Club ins Leben gerufen wird, ist es selbstverständlich, dass sich das Ministerium an seiner Leitung beteiligt. Wir sollten aber auch an Unterstützung von außen denken – Experten in Umweltfragen, Diskussionsleiter usw.

Cathy BIETH
Stellv. Leiterin des Büros für technologische Risiken, Chemie und Erdölindustrie

Wir werden also ein Treffen von freiwilligen Mitarbeitern organisieren. Ich danke allen Teilnehmern an dieser Debatte.

Referat: „Der nationale Kongress über technologische Risiken“

Christophe MICHEL
Leiter der Regionaldienststelle für Industrieumwelt der DRIRE Nord Pas de Calais

Der Kongress über technologische Risiken hat bereits zweimal stattgefunden, erstmals 2004 (500 Teilnehmer) und dann 2006 (965 Teilnehmer). Der dritte Kongress verfolgt das dreifache Ziel :

- sich als Referenz im Bereich der technologischen Risiken zu etablieren,
- sich zum Zeitpunkt der französischen Präsidentschaft für einen Austausch guter Praktiken mit den europäischen Partnern zu öffnen,
- weitere Arten von Risiken einzubeziehen, da technologischen Risiken sich nicht nur auf umweltbelastende Anlagen beschränken, sondern z.B. auch Kanalisationen, Gefahrguttransporte und Staudämme einschließen.

Der Kongress 2008 ist mit 400 000 EUR ausgestattet. Wir haben dazu ein Leitungsgremium mit mehreren Kollegien eingerichtet: Staat, Betreiber, Verbände, Gemeinden. Die Industrie beteiligt sich finanziell an der Ausrichtung des Kongresses.

Er umfasst :

- 2 Plenarsitzungen zu den Themen „Verantwortung des Betreibers und Verantwortung des Staates – wo verläuft die Grenze?“ und „Die Pläne zur Risikovorbeugung (PPRT)“;

- 7 Arbeitskreise zu den Themen :
 - Das Kanalisationssystem und seine Risiken
 - Präventionspläne, Bewältigung der Bbauungsprobleme und Einbeziehung der Gemeinden
 - Schulung aller Beteiligten an der Risikobewältigung
 - Gefahrguttransport, Beförderung und Rangierbahnhöfe
 - Forschung und Untersuchungen im Bereich der Risiken
 - Risikobewältigung und umweltbewusste Demokratie
 - Die Folgen der großen Industrieunfälle.

Die DRIRE, welche die Leitung der Arbeitskreise übernommen haben, sind gegenwärtig dabei, Redner zu gewinnen. Wir möchten mit Hilfe dieses Beitrags eine intelligente Zusammenarbeit zwischen den SPPPI und dem Kongress aufbauen, indem wir Sie bitten, uns mitzuteilen, ob Sie zu den Themen der Arbeitskreise etwas beisteuern möchten.

Dazu möchte ich Ihnen folgende Hinweise geben :

Wir haben eine Liste von Themen erstellt, die von einigen SPPPI bereits erarbeitet worden sind. Wir haben vor, sie aufzufordern, für die Arbeitskreise des Kongresses ein einleitendes Statement vorzubereiten. Darüber hinaus haben wir Diskussionsforen eingerichtet, die von den SPPPI genutzt werden können, im Vorfeld des Kongresses gemeinsam mit ihren Mitgliedern das einleitende Statement auszuarbeiten und nach dem Kongress Bericht zu erstatten.

Der 3. Kongress über technologische Risiken findet am 16. Oktober in Douai statt.

Laurent MICHEL

Direktor für Prävention von Verschmutzung und Risiken – MEEDDAT

Ich schlage vor, dass sich die interessierten SPPPI bei Christophe MICHEL melden.

Die erste Zusammenkunft des Clubs der SPPPI könnte am 17. Oktober 2008 im Anschluss an den Kongress stattfinden, wenn alle Betroffenen noch anwesend sind.

Freitag, 30. Mai 2008 nachmittags

Aktionen der SPPPI – einige Beispiele

Diskussionsleitung: Anne MICHELS, Korrespondentin des SPPPI Strasbourg-Kehl

Referat: „Aktionen des SPPPI Guyana im Bereich der Raumfahrt“

Michaël WERY

Korrespondent des SPPPI Guyana

Im Laufe des Jahres 2008 sollen von dem Weltraumbahnhof mindestens 7 ARIANE-Trägerraketen starten. Ende 2009 soll der erste SOJUS-Start folgen. Die Startanlagen sind gegenwärtig im Bau. Sie gehören zur Kategorie der umweltbelastenden Anlagen. Demnächst trifft die italienische Rakete VEGA bei uns ein.

Die DRIRE Antillen-Guyana verfügt über eine Abteilung „Risiken“, die wegen der Besonderheiten der Raumfahrt und der Notwendigkeit, schnell und kompetent zu reagieren, personell gut ausgestattet ist.

Es geht hauptsächlich um folgende Anliegen :

1. Schutz der Bevölkerung vor den technologischen und gesundheitlichen Risiken,
2. Schutz von Fauna und Flora.

Unser SPPPI wurde durch Präfektoral-Erlass gegründet. Dieser Erlass wurde kürzlich abgeändert, um die Schaffung einer Kommission für „Risiken am Boden“, die einem CLIC entspricht, zu ermöglichen. Dieses CLIC funktioniert autonom als Kommission im Rahmen des SPPPI, ist aber nicht ganz unabhängig, da der Präsident des CLIC gegenüber der Kommission „Umwelt, Gesundheit und Startrisiken“ rechenschaftspflichtig ist.

Das SPPPI beschäftigt sich also mit verschiedenen Kategorien von Risiken:

1. **Technologische Risiken** : Wir lagern am Boden große Mengen gefährlicher Güter (Treibstoff, Ammoniumperchlorat, Aluminiumpulver, Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenwasserstoffe). Auch die Risiken während des Flugs sind beträchtlich: 650 t aktiver Materie bei jedem Ariane-Start, rund 300 t bei Sojus. Neben der von der Inspektion für umweltbelastende Anlagen der DRIRE Antillen-Guyana durchgeführten Kontrolle der Bodenanlagen und den Schutz- und Präventivmaßnahmen des Raumfahrtzentrums hat sich das SPPPI hauptsächlich mit den Auswirkungen des Flugs der Trägerraketen beschäftigt. Es hat für SOJUS die gleichen Garantien gefordert wie für ARIANE. Wir haben dafür gekämpft und auch erreicht, dass – wie für Ariane – auch für Sojus eine Möglichkeit der Neutralisierung der Rakete vorgesehen wird, sollte sie von der geplanten Flugbahn abkommen. Diese Möglichkeit gibt es in Baikonur nicht.
2. Wir kümmern uns auch um die **Gesundheitsrisiken**, indem wir die Belastung aller Bereiche der Raketen-Startanlage für die Gesundheit der Bevölkerung der beiden benachbarten Städte ermitteln. Kürzlich wurden auch die Werte betreffend SOJUS und VEGA in die Untersuchung aufgenommen.
3. Seit seinen Anfängen arbeitet das SPPPI an den **Umweltrisiken**. Wir führen Messungen von Auswirkungen in zwei Bereichen durch: unmittelbares Umfeld und weitere Umgebung. Nach jedem Start wird eine Messbilanz erstellt und einmal pro Jahr eine Jahresbilanz. Die Auswirkungen lassen sich anhand des Schadstoffgehalts der Luft messen. Bei Fauna und Flora kommt die Langzeitbeobachtung der Pflanzen (über das Regenwasser), der Wassertiere (Aluminiumoxid- und Chlorkonzentration) und der Vogelwelt hinzu. Schließlich ist es dem SPPPI zu verdanken, dass der Umfang gefährlicher Abfallstoffe, die an der Bodenstation anfallen, reduziert wurde.

Wir haben jährlich mindestens eine Zusammenkunft mit den betroffenen Gemeinden, um die Mandatsträger für die Probleme empfänglich zu machen. Informationen über Gesundheitsrisiken werden

in den betroffenen Gemeinden bekanntgegeben. Außerdem unterhalten wir eine Internetseite, die regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht wird.

Die Aussichten :

- Technologische Risiken: wir werden eine dritte Trägerrakete bekommen, VEGA, für die wir dieselben Garantien verlangen wie für ARIANE und SOJUS. Wir werden uns ferner gegen Ende des Jahres an der Überarbeitung des Interventionsplans für die Raketen-Startanlage beteiligen. In diesem Jahr wird auch die Kommission „Risiken am Boden“ (das CLIC) ihre Arbeit beginnen, mit dem Ziel, an der Erstellung des PPRT für die Startanlage teilzunehmen.
- Im Bereich der Umweltrisiken beginnen wir mit der Untersuchung neuer Produkte, die durch die Verbindung des Antriebsstrahls mit Luftpartikeln entstehen. Die Untersuchung der verschmutzungsanfälligen Organismen wird fortgesetzt, und wir arbeiten an einer Verbesserung der Versuchsprotokolle.
- Im Bereich der Kommunikation schließlich bereiten wir eine Informationsbroschüre für die breite Öffentlichkeit vor, und bemühen uns, häufiger auf wissenschaftlichen Veranstaltungen zu sprechen.

Wortmeldungen und Fragen aus dem Saal

Interessiert sich das SPPPI neben den Problemen in Zusammenhang mit dem Raumfahrtzentrum auch für die Quecksilberschmutzung der Flüsse oder die Auswirkungen illegaler Goldwäscherei?

Michaël WERY

Korrespondent des SPPPI Guyana

Es werden seitens der DRIRE Kontrollen durchgeführt, zumindest was die legalen Aktivitäten anbetrifft, aber das gehört nicht in den Zuständigkeitsbereich des SPPPI Raumfahrtzentrum.

Im übrigen findet im Raumfahrtzentrum keine Goldwäscherei statt; der Zugang wird streng überwacht.

Dagegen arbeiten wir an wirbellosen Wassertieren, die aufgrund ihrer Anfälligkeit für vom Menschen verursachte Verschmutzung, insbesondere Quecksilber, perfekte Bio-Indikatoren sind.



Alain LIGER

DRIRE Elsass

Verstehe ich richtig, dass für die Messungen der Umweltparameter nicht die Betreiber zuständig sind, sondern diese Aufgabe dem SPPPI zukommt ?

Michaël WERY

Korrespondent des SPPPI Guyana

In erster Linie sind die Betreiber dafür zuständig, und sie haben das Recht, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Dies tun sie im Rahmen des SPPPI. Das SPPPI muss den Anstoß dazu geben, und es ist Aufgabe der Betreiber, gegenüber der DRIRE und dem SPPPI, aber auch gegenüber den Verbänden nachzuweisen, dass ihre Aktivitäten, insbesondere am Boden, umweltneutral sind.

Referat: „Herstellung einer CD-ROM über die großen Industrierisiken“

Philippe GRESSENT

Korrespondent des SPPPI Basse Seine

Die Region Haute-Normandie (1,8 Mio Einwohner) ist stark industriell geprägt, besitzt zahlreiche Großraffinerien (1/3 der Gesamtkapazität Frankreichs) und einen wichtigen Hafen, Le Havre, mit 1/3 des nationalen Verkehrsaufkommens und 45% des Rohölimports des Landes. Für die Region wurden 5 Bereiche möglicher Katastrophen ermittelt: Industrie, Kernkraft, Gefahrguttransport, Überschwemmung und Erdbeben.

Die Katastrophenvorbeugung ist daher in unserer Region lebensnotwendig. In der Überzeugung, dass die Mahnungen zur Prävention nicht hinreichend gehört oder verstanden werden, haben die Verantwortlichen in der Region die Forderung gestellt, eine Informations-CD über die fünf Risikobereiche herzustellen. Für das SPPPI war dies insofern neu, als auch Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Flut und Erdbeben) eingeschlossen werden sollten. Zahlreiche Informationsangebote sind an uns herangetragen worden, seitens des Bildungssystems, von Berufsschulen, Verbänden, Unternehmen, Gebietskörperschaften und öffentlichen Stellen. Rund 15 Partner haben ihre organisatorische oder finanzielle Hilfe angeboten. Das gemeinsame Ziel war, ein interaktives, leicht zugängliches Instrument zu schaffen, das individuell oder kollektiv genutzt werden kann und das die Problematik vom generellen wie vom regionalen Standpunkt aus behandelt. Die Idee einer CD-ROM kam ursprünglich von SPIRAL; diese Idee wurde aufgegriffen und entsprechend angepasst.

Die CD-ROM umfasst 2 Teile :

- Einen interaktiven Teil mit dem Titel „Entdecken“
- Einen Teil mit dem Titel „Verstehen“, mit Link zu einer spezifischen Internetseite.

Sie enthält darüber hinaus eine Anleitung zur Herstellung einer Bildschau für Vortragszwecke.

Der Kommunikationsausschuss des SPPPI Haute-Normandie hat unter Beteiligung von Gemeinden, Verbänden, sozio-ökonomischen Partnern, des Staates usw. ein Lenkungskomitee gebildet. Das Redaktionskomitee unter Leitung der DRIRE umfasst Techniker und Pädagogen. Die technische Herstellung der CD-ROM wurde einer Multimedien-Agentur übertragen. Insgesamt bedurfte es einer kollegialen Zusammenarbeit von drei Jahren bis zur Fertigstellung der CD-ROM. Die Finanzierung wurde durch regionale Partner sichergestellt, ergänzt durch eine Subvention aus dem Europäischen Sozialfonds in Höhe von 143 000 EUR. Die Verteilung der 10 000 Exemplare wurde von einem Kommunikationsplan begleitet (Pressekampagne, Plakate, Internet-Werbung).

Referat: „Einrichtung eines Netzes zur Lärmpegelmessung in Echtzeit“

Thierry DUBUIS

Korrespondent des SPPPI Côte d'Opale Flandern

Ende 2005 wurden Beschwerden wegen Lärmbelästigung durch die Stahlwerke von Dunkerque laut, obwohl vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten worden waren.

In derartigen Fällen bieten sich 3 Lösungen an :

- warten, bis der Staat den Betreiber verwarnt,
- die Anrainer sich selbst überlassen,

- alle Seiten um einen Tisch versammeln, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Wir haben uns für letztere Lösung entschieden.

Anfang 2006 trat eine Arbeitsgruppe bestehend aus Verbänden, Anrainern, Gemeinden, staatlichen Stellen und Anlagenbetreibern unter der Leitung des Bürgermeisters von Fort-Mardyck, dem Präsidenten der Kommission „Luft, Geruch, Lärm“ zusammen. Eine staatlich (von der DRIRE) finanzierte Untersuchung wurde in Auftrag gegeben.

Diese Untersuchung deckte die empfundenen Belästigungen auf und gab einige Erläuterungen :

- eine mangelnde Korrelation zwischen den Beschwerden der Anrainer und Funktionsproblemen der Industrieanlagen,
- eine Senkung der Hintergrundgeräusche, wodurch gewisse industrielle Geräusche deutlicher hervortreten (einige Anrainer beklagten sich wegen eines „Reaktorgeräusches“),
- eine Verstärkung der Geräusche bei bestimmten Wetterbedingungen.

Die Untersuchung gab ferner Aufschluss über die Geräuschquelle: eine Kühlanlage der Fabrik SOLLAC. Diese investierte 1 Mio EUR in eine Geräuschisolierung am Ventilator. Gleichzeitig wurde beim Personal und bei Zulieferfirmen eine Informationskampagne durchgeführt, um auf die Notwendigkeit der Beschränkung des Lärmpegels bei gewissen Vorgängen, z.B. beim Hantieren mit Blechen, hinzuweisen. Auf Beschluss der Arbeitsgruppe wurde zunächst für einen Monat, dann für ein Jahr, eine Lärmpegelmessanlage eingerichtet. Schließlich wurde auf Initiative der Arbeitsgruppe ein Netz von Messstationen errichtet, das über den Bereich des Stahlwerks hinaus das gesamte Industriegebiet von Dunkerque erfasst. Verschiedene weitere Industriebetriebe schlossen sich an. Über 7 Messsonden werden die Messergebnisse auf eine Internetseite gespeist, von wo sie on line abgerufen werden können. Es ist das einzige Netz dieser Art in Frankreich, das für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Aus dieser Erfahrung leiten wir drei Schlussfolgerungen ab :

- die Industrie beteiligte sich freiwillig,
- weitere Partner haben sich dieser Initiative angeschlossen (Gemeinde, Staat, Regionalrat),
- die Bereitschaft, auf die Anliegen der Verbände und Anrainer einzugehen, hat es ermöglicht, Konflikten vorzubeugen und ein Netz aufzubauen.

Das SPPPI kann bei der Durchführung derartiger Initiativen eine nützliche Rolle spielen. Im Bereich Geruchbelästigung ist man im übrigen ähnlich vorgegangen.

Referat: „Kollektives Vorgehen der SPPPI – Abteilung DI der DRIRE zur Erstellung von Kohlenstoffbilanzen der Unternehmen“

Cécile CASTEL

Korrespondentin des SPPPI Vallée de Seine

Ausgangspunkt ist eine Ende 2005 von der IFOP durchgeführte Meinungsumfrage, bei der sich als Hauptsorge der Bevölkerung der Treibhauseffekt und seine Auswirkungen auf unser Klima genannt wurde. Auch die Vorbereitungsgespräche zum Orientierungsrat des SPPPI Ende 2007, der das Aktionsprogramm für die kommenden 4 Jahre festlegt, hat die Bedeutung des Themas Klimawandel und Energiebewältigung bestätigt. Eine interne Studie ermittelt die Kohlenstoffbilanz als unumgänglichen ersten Schritt zur Lösung des Problems.

Die ADEME hat Kohlenstoffbilanz® als Schutzmarke eintragen lassen. Es gibt davon mehrere Arten: die Kohlenstoffbilanzen der Gebietskörperschaften (das Modul „Baubestand und Dienstleistungen“ und das Modul „Territorium“) und die Kohlenstoffbilanz der Unternehmen.

Zur Durchführung der ersteren Aktion (Kohlenstoffbilanz Gebietskörperschaften, Modul Territorium) haben unsere Mitglieder eine globale Untersuchung beschlossen. Anhand verschiedener Parameter, wurde die Ebene OIN (Maßnahme von nationalem Interesse) gewählt. Auf dieser Ebene besteht bereits eine Trägerstruktur, die ermächtigt ist, künftige Maßnahmen durchzusetzen. Die Untersuchung wird

gegenwärtig von FONDATERRA, einer Vereinigung nach dem Gesetz von 1901, durchgeführt und dauert von März bis November 2008. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Die zweite Aktion, die wir zeitgleich durchführen, betrifft die Unternehmen. Zu diesem Thema hat das Ministerium ein nationales Projekt auf den Weg gebracht. Wir haben uns mit der Industrie- und Handelskammer (CCI), mit ADEME und der DRIRE Ile-de-France zusammengetan. Eine solche kollektive Vorgehensweise wird gewöhnlich unter Leitung der DRIRE für kleine und mittlere Unternehmen durchgeführt. In dem vorliegenden Fall jedoch hatte das SPPPI einen gewichtigen Vorteil: die Unternehmen, die Mitglieder des SPPPI sind, gehören nicht dem Mittelstand an, sondern sind die Unternehmen, um die es bei dieser Aktion geht.

Diese Unternehmen werden an den kollektiven Phasen der Aktion teilnehmen – an Informations- und Aufklärungsterminen – sowie an Arbeitsgruppen, die dem Erfahrungsaustausch dienen, und sie haben Gelegenheit, sich zwecks Durchführung einer Kohlenstoffdiagnose in den kommenden 2-3 Jahren in einem Zeitplan einzutragen. Letzteres hat den Vorteil, dass die Suche nach einem Dienstleister für die Erstellung der Bilanzen zentralisiert werden kann.

Referat: „Die Aktionen des SPPPI Vallée de Seine für Schulkinder“

Myriam BENSaad

Korrespondentin des SPPPI Vallée de Seine

Um Ihnen die Vielfalt unserer Aktionen vor Augen zu führen, möchten wir über Maßnahmen berichten, die sich in erster Linie an Schulklassen wenden; denn Erziehung zu Umweltbewusstsein und nachhaltiger Entwicklung gehört zu den Themen, die auf dem Umweltgipfel angesprochen worden sind.

Seit eineinhalb Jahren führen wir zahlreiche Aktionen durch, die sich nicht nur an Schulkinder und Studenten richten, sondern auch an den Lehrkörper und die betroffenen Behörden (Rektorat, Schulaufsicht).



Schulklassen sind eine besonders wichtige Zielgruppe. Schließlich geht es um die Erziehung der Erwachsenen von morgen. Darüber hinaus aber hat sich gezeigt, dass man über die Kinder auch die Familien erreicht. Neben dem SPPPI haben auch Vertreter der Schulen selbst diese Initiative gewünscht, da das SPPPI für sie den Zugang zu anderen Behörden erleichtert.

Im Lauf der Zeit haben wir uns ein Netz von Referenten und Partnern aufgebaut: Generalrat, Gemeinden, auf den Schulbereich spezialisierte Verbände, wie das Frz. Institut der Ausbilder für Katastrophenschutz und Umwelt, IFFORME, Planète Science usw.

Hier sind einige Beispiele für Aktionen des SPPPI Vallée de Seine :

- Teilnahme an Umweltmessen
- Verteilung einer Broschüre mit dem Titel „Was tun bei einem Fabrikbrand?“ in den Schulen
- Mitwirkung bei der Organisation von Besichtigungen von Industrieanlagen (Schüler und Lehrer)
- Betreuung von Auszubildenden, die für eine Verbandstätigkeit besonders geeignet sind
- Vorlesungen an der Universität, um einen Personenkreis zu erfassen, der kurz vor dem Eintritt ins

Erwerbsleben steht.

Zwei Aktionen sind für uns von besonderer Bedeutung gewesen, auch weil ein großer Zeitaufwand nötig war.

Da war zunächst die Ausarbeitung des „Schülerhefts“ als Teil des Plans zum Schutz der Atmosphäre (PPA) der Ile-de-France, wozu sich die DRIRE Ile-de-France mit dem SPPPI Vallée de Seine

zusammengetan hat. In Partnerschaft mit IFFORME haben wir also das Schülerheft „Bouge ton air!“ („Tu was für Deine Luft“) in Angriff genommen, eine 36-seitige Broschüre, die sich hauptsächlich an Schüler der Tertia und eventuell der Sekunda wendet. Die Ausarbeitung dauerte von September 2007 bis März 2008. Gegenwärtig wird sie in etwa 10 Klassen getestet. Wir nutzen die Testphase, um eine Internetseite einzurichten, die den Lehrkräften eine Hilfestellung für den Unterricht sein und zusätzliches Informationsmaterial anbieten soll. Wir setzen uns beim Generalrat von Yvelines dafür ein, dass diese Broschüre überall im Departement an die Schüler der Tertia verteilt wird.

Die zweite Aktion betrifft die „Sonderpläne zur Erhöhung der Sicherheit“ (PPMS), ein Dokument zum Krisenmanagement in den Schulen, das wir im Zusammenwirken mit der Schulinspektion vorstellen. Diese Pläne sollen in Schulen eingeführt werden, die einem bestimmten Risiko ausgesetzt sind.

Im Hinblick auf das sehr diffuse Risiko in Zusammenhang mit dem Gefahrguttransport hat die Schulinspektion beschlossen, dass alle Schulen der Akademie von Versailles mit einem PPMS ausgestattet sein müssen, was gegenwärtig bei weitem nicht der Fall ist. Mit diesem Ziel vor Augen veranstaltet die Schulinspektion Informationstermine mit Schulen und Gemeinden, zu denen auch das SPPPI eingeladen wird. Auch an der Ausarbeitung dieser Pläne hat sich das SPPPI aktiv beteiligt, und es nimmt als Beobachter an Alarmübungen nach diesen Plänen teil, zu denen auch Vertreter der betroffenen Industrieanlagen im Vallée de Seine eingeladen werden.

Unsere weiteren Vorhaben :

- Fortführung und Ausbau der laufenden Vorhaben
- Planung künftiger Aktionen (Schutzausrüstungen, Gesellschaftsspiele).

Daniel BERNARD

Ehrenpräsident des SPPPI Strasbourg-Kehl

Das SPPPI Strasbourg-Kehl arbeitet schon seit längerer Zeit bei der Vorbereitung der PPMS mit, bevor es Pflicht wurde. Die Fähigkeit voranzuplanen ist eine wichtige Eigenschaft der SPPPI, die ihr Ansehen festigt.

SCHLUSSWORT VON LAURENT MICHEL

Ich habe mit Freude und großem Interesse an diesem zweiten Sitzungstag teilgenommen und bedaure, dass ich nicht schon gestern anwesend sein konnte.

Man sagte mir, die Themen seien äußerst interessant gewesen. Ich danke all jenen, die zur Organisation des Forums beigetragen haben, insbesondere dem SPPPI Strasbourg-Kehl, Herrn ZILLIOX, der DRIRE Elsass, den Herren Alain LIGER und Pierre BOIS, ebenso wie dem SEI, Anne MARAL und Cathy BIETH, für die Vorbereitungsarbeit, wozu auch die heute morgen erwähnte Umfrage gehört. Man hat uns die Vielfalt der Arbeiten vorgestellt.



Im SPPPI Strasbourg-Kehl mit seiner Rhein-übergreifenden technischen Kommission lernen wir eine zusätzliche grenzüberschreitende Dimension kennen. Wir haben dargelegt, dass die drei Begriffe Information, Konzertation und Aktion das eigentliche Wesen der SPPPI ausmachen. Heute nachmittag haben wir Aktionsbeispiele gesehen, von denen einige ganz neue Aspekte enthielten.

Wir haben heute morgen auch vom Umweltgipfel gesprochen. Je nach Region sind die Probleme etwas unterschiedlich gelagert, aber eine Konstante zeichnet sich ab: Gesundheit und Umwelt. Eine weitere Konstante ist die Evolution der Formen des Dialogs, der Konzertation und der Mobilisierung von Sachverstand.

Im Verhältnis zu den lokalen Komitees für Information und Konzertation an SEVESO-Standorten ist heute morgen auf eine gewisse Verunsicherung in der Anlaufphase hingewiesen worden. Einige SPPPI haben aber darauf hingewiesen, dass mit Hilfe des gemeinsamen Sekretariats der CLIC eine logistische Zusammenarbeit und die Einbringung von Erfahrungswerten machbar ist.

Es wird noch weitere Entwicklungen geben. Die Bildung des neuen Ministeriums darf die Ausrichtung der SPPPI nicht vorbestimmen, aber es dürften dadurch Vertreter des Staates in die Arbeit einbezogen werden, die einen breiteren Aktionsradius haben und lückenlos handeln können.

Zu den Strukturen enthält der Erlassentwurf keine konkreten Vorgaben; die Form der GIP ist nach wie vor ein denkbare Modell, auch die Form eines Vereins ist – mit gewissen Einschränkungen – möglich. Der Staat – auch wenn er in der Struktur vertreten sein muss – darf die Debatte weder beherrschen, noch darf er sie für seine Zwecke nutzen.

Wir haben die Bereiche genannt, die in Bewegung sind: Gesundheit und Umwelt, neue Formen der Einbeziehung des Bürgers. Wir haben auch gesehen, welche Rolle den SPPPI zukommen könnte, nachdem die öffentliche Debatte zu Ende geführt ist.

Und da ist dann noch der Untersuchungsauftrag an den Generalrat für Ingenieurwesen, der heute eine erste Feststellung getroffen hat: die Vielfalt der SPPPI und die Unmöglichkeit, ein für alle gültiges Modell zu finden.

Es hat sich die Notwendigkeit gezeigt, in Bezug auf die Funktionsweise der SPPPI und die zu behandelnden Themen Flexibilität zu üben. Eine weitere Notwendigkeit: sich stärker zu vernetzen. Daher die Idee der Gründung eines Clubs der SPPPI, in reeller und virtueller Form über Internet und mit einem Forum. Wir halten den Vorschlag der Bildung einer Vorbereitungsgruppe fest, die nach dem Nationalen Kongress „Technologische Risiken“ am 17. Oktober einberufen werden könnte. Zögern Sie nicht, sich bei SEI (Anne MARAL und Cathy BIETH) anzumelden, wenn Sie an dieser Gruppe teilnehmen und Ideen beisteuern möchten. Ich habe schon heute morgen darauf hingewiesen, dass wir für die Leitung des Clubs auch Unterstützung von außen beibringen können, aber dieser Club soll in erster Linie das werden, was Sie aus ihm machen möchten.

Eine letzte Anregung: die Teilnahme an der Vorbereitung des nächsten Nationalen Kongresses über technologische Risiken durch Vertiefung eines Themas und Durchführung lokaler Debatten. Ich erhoffe mir eine massive Beteiligung weiterer SPPPI, neben denen aus Nord Pas de Calais. Das Aufgabenfeld ist weit, aber die notwendige Energie ist vorhanden. Dies lässt sich schon allein daran ablesen, dass das älteste SPPPI bereits 35 Jahre lang besteht und inzwischen 14 weitere entstanden sind.

Die Unterstützung des Ministeriums kann Ihnen sicher sein, denn der entsprechende Erlass ist fertiggestellt und wird gegenwärtig unterzeichnet. Das ist ein wichtiges Signal, das sich auch in personeller und, wenn nötig, finanzieller Unterstützung der Teams äußern wird.

Ich danke Ihnen für Ihre aktive Teilnahme und erinnere Sie an den nächsten wichtigen Termin, den Kongress von Douai über technologische Risiken am 16. Oktober und die Sitzung der Arbeitsgruppe am 17. Oktober. Die Anmeldungen dazu werden in Kürze entgegengenommen.

Vielen Dank an Sie alle.

GLOSSAR

Adelfa	:	Verband für Küstenschutz Flandern-Artois
ASPA	:	Agentur für Überwachung und Untersuchung der Luftverschmutzung
CHSCT	:	Ausschuss für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
CLIC	:	Lokales Komitee für Information und Konzertation
CLIS	:	Lokales Überwachungskomitee
CNDP	:	Nationale Kommission für Debatten mit der Öffentlichkeit
CPDP	:	Sonderkommission für Debatten mit der Öffentlichkeit
CUS	:	Stadtgemeinschaft Straßburg
EPCI	:	Öffentlich-rechtliches Unternehmen für interkommunale Zusammenarbeit
GIP	:	Gemeinnützige Gruppierung
ICPE	:	Umweltbelastende Anlage
OIN	:	Maßnahme von nationalem Interesse
PPA	:	Plan zum Schutz der Atmosphäre
PNSE	:	Nationaler Plan für eine gesunde Umwelt
PPMS	:	Sonderpläne zur Erhöhung der Sicherheit
PLU	:	Lokaler Bebauungsplan
TMD	:	Gefahrguttransport
TPU	:	Gewichtete Gewerbesteuer

TEILNEHMERLISTE

BALLOUEY Jacques	Direction Départementale de l'Équipement du Bas-Rhin
BENSAAD Myriam	SPPPI Vallée de Seine - DRIRE Ile de France
BERNARD Daniel	SPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
BERNE Gérard	Agglomération Lyonnaise (SPIRAL)
BERNHARD Claude	ENGEES
BERTRAND Rémi	Conseil Général du Bas-Rhin
BETTON Eric	Communauté Urbaine de Strasbourg
BIETH Cathy	MEEDDAT
BIEWER Jean	CEAM
BOIS Pierre	SPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
BOUGHEDADA Louardi	SPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
BOURILLET Cédric	MEEDDAT
BRASIER LECAT Anne	Union des Industries
BRUN Alain	Communauté Urbaine de Strasbourg
BUFFET Françoise	Ville de Strasbourg
CAFFET Marc	Conseil Général des Mines
CASTEL Cécile	SPPPI Vallée de Seine - DRIRE Ile de France
CHEINET Jean-Claude	CYPRES
CHEVALIER Valérie	INERIS
COURRET Patrice	SPPPI Presqu'île Ambes - DRIRE Aquitaine
CROMBEZ Sébastien	Ecole des Mines de Paris - CTE
DAIRIN Jo	SPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
DEETJEN Hubert	SPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
DEJEANT Jean-Luc	ADIQ
DELACRETAZ Yves	Agglomération Lyonnaise (SPIRAL)
DEMET Michel	SPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
DOUTON France	SPPPI de Toulouse - DRIRE Midi-Pyrénées
DUBUIS Thierry	SPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
DUHART Josette	SPPPI Estuaire de l'Adour - DRIRE Aquitaine
DUHOUX Bernard	SPPPI Hainaut Cambrésis Douaisis - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
ESCOFFIER Richard	SPPPI FOS-BERRE - DRIRE Provence Alpes Côtes d'Azur
FLODERER Christian	SPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
FORNERO Max	Agglomération Lyonnaise (SPIRAL)
FROMM Pierre	SPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
GIANNOCCARRO François	CIRIMI - DRIRE Rhône Alpes Groupe de Subdivisions Isère
GRASSER Gilbert	Union des Industries
GRESSENT Philippe	SPPPI Basse Seine - DRIRE Haute-Normandie
GRIMAULT Karine	SPPPI de l'Artois – DRIRE Nord-Pas-de-Calais
GRIMM Francis	Chambre de Commerce et d'Industrie de Strasbourg Bas-Rhin
GRIMOT Marc	Inspection Générale de l'Environnement (IGE)
GROSS-KOENIGS Astrid	Stadtverwaltung Kehl
GUYARD Gilbert	SPPPI Guyane - DRIRE Antilles-Guyane
HENRY Caroline	SPPPI Vallée de Seine - DRIRE Ile de France
HOCQUET Marie-Paule	SPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
JUND Alain	Ville de Strasbourg

KLEINPETER JosephASPA
LAURENT BriceEcole des Mines de Paris - CTE
LE TALLEC YvesConseil Général du Bas-Rhin
LEBRUN ChristianSPPPI Hainaut Cambrésis Douaisis - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
LECLERCQ NadineSPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
LEFEVRE MarcelSPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
LEFIN YvesINERIS
LEGRAND HenriDirection Générale Sûreté Nucléaire et de la Radio Protection
LHEUREUX YvesSPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
MARAL AnneMEEDDAT
MARCOUX AurélienSPPPI de l'Artois - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
MICHEL ChristopheSPPPI de l'Artois - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
MICHEL LaurentMEEDDAT
MICHELS AnneSPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
MONBAILLY PascalSPPPI de l'Artois - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
MORELLE JuliaLandratsamt Ortenaukreis
MORIVAL LaurenceSPPPI de Strasbourg-Kehl – DRIRE Alsace
NOURY AgatheSPPPI de l'Artois - DRIRE Nord-Pas-de-Calais
SACHER MichelCYPRES
SAVALL AndréSPPPI de Toulouse - DRIRE Midi-Pyrénées
SCHMITT AlainSPPPI Basse Normandie - DRIRE Basse Normandie
SCHNEIDER SiegfriedStadt Kehl - Ville de Kehl
SCHWARTZ PierreTREDI
SENAME JeanSPPPI Côte d'Opale Flandre - DRIRE Nord Pas-de-Calais
TONDRE FrançoiseConseil de l'Europe
TORQUET LiseCIRIMI - DRIRE Rhône Alpes Groupe de Subdivisions Isère
TURON Jean-PierreSPPPI Presqu'île Ambes - DRIRE Aquitaine
VANEECKE Jean-PierreDRIRE PACA
VAUTRIN Jean-NoëlSPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace
WEISS DietmarBadische Stahlwerke GmbH Kehl
WENCKER JeanAlsace Nature
WERY MichaëlSPPPI Guyane - DRIRE Antilles-Guyane
WORNER SabineStadt Kehl - Ville de Kehl
ZILLIOX LothaireSPPPI de Strasbourg-Kehl - DRIRE Alsace

Anhang: Fragebogen zur Vorbereitung des Inter-SPPPI-Forums – Zusammenfassung der Antworten

I. Konzertation an Industriestandorten als Voraussetzung für die Akzeptanz im städtischen Umfeld – ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland

✓ An welchen Abstimmungsmaßnahmen haben Sie bereits mitgewirkt ?

Insgesamt gesehen nehmen die SPPPI häufiger an Informations- als an Abstimmungsmaßnahmen teil, was einige mit dem Hinweis bedauern, dass ihre Meinung bei den Entscheidungsprozessen unberücksichtigt bleibt.

Einige Verbände haben den Eindruck, in die Debatten über verschiedene Industrieprojekte einbezogen zu werden (Methanterminal, Windparks, Biotreibstoff, industrielle Anlagenerweiterung), während andere angeben, an keinerlei Abstimmungsverfahren, sondern lediglich an Informationsaktionen teilzunehmen. Die Verbände bedauern allerdings, dass ihre Meinung bei den Entscheidungen nur selten berücksichtigt wird.

Die SPPPI sind ebenfalls der Meinung, Abstimmungsverfahren zu allen Aspekten der Industrielandschaft durchzuführen.

Die meisten SPPPI beteiligen sich an den CLIC, CLI und CLIS.

✓ Welches waren die Ergebnisse ?

- Die Verschmutzung durch Feinstaub, SO₂, NO_x, flüchtige organische Verbindungen und Dioxin konnte beträchtlich reduziert werden;
- das Verständnis der Partner für die Prioritäten des Staates und das Verständnis des Staates für die Anliegen der Bevölkerung ist gestiegen;
- die Tatsache, dass es die SPPPI gibt hat dazu beigetragen, dass die Vertreter der Industrie sich besser mit den anderen Partnern verständigen;
- am Standort eines Stahlwerks wurde ein Netz von Messsonden zur Ermittlung des Lärmpegels errichtet;
- die SPPPI sind der Motor bei der Durchsetzung von Programmen zur Emissionsbegrenzung;
- dort, wo ein CLIS für mehrere Unternehmen geschaffen wird, kann das SPPPI die Organisation und Koordination der Maßnahmen - sowohl in Bezug auf den Inhalt wie auf die Form – übernehmen.

Ein SPPPI würde sich wünschen, stärker in die öffentlichen Prüfverfahren eingebunden zu werden (als Informationsstelle, zur Weitergabe der Prüfungsunterlagen vor Beginn des Verfahrens, bei der Organisation öffentlicher Debatten...).

Die Verbände beabsichtigen, häufiger auf unabhängige Gutachten zurückzugreifen, systematische Berichterstattung (nach einem Jahr?) über die Wirksamkeit der beschlossenen Umweltschutzmaßnahmen einzufordern, um nachzuprüfen, ob die im SPPPI gemachten Zusagen eingehalten worden sind. Mehrere Partner haben den Wunsch geäußert, einen engeren Kontakt zu Universitäten und Wissenschaftlern zu suchen und gewisse Aspekte des öffentlichen Prüfverfahrens zu verbessern (Funktionsweise, Transparenz bezüglich gefasster Beschlüsse usw.).

II. Gegenwärtige und künftige Struktur, Finanzierung und Funktionsweise der SPPPI

✓ Welche territoriale Ebene eignet sich Ihrer Ansicht nach für ein Vorgehen am besten?

- Die Stadtgemeinschaft, Gemeindeverbände;

- die Großregion (wie im Fall der Gewässerbehörden), um die Ausrichtung der SPPPI zu koordinieren und eine kohärente Umsetzung der Politik zur Emissionsbegrenzung zu gewährleisten;
- die lokale Ebene;
- das Hafengebiet;
- eine doppelte Ebene: Gemeindeverbände und „Risikogebiet“;
- die Gemeinde;
- das Industriegebiet oder die Industrieregion (die Ebene des Departements ist ohne Belang);
- die Region;
- ein kohärentes Territorium in Bezug auf Verkehrsverbindungen, Hydrographie, Bevölkerungsdichte und Konzentration von Industrie.

Allgemein lässt sich feststellen, dass im Hinblick auf neue Bedürfnisse eine weitgehende Flexibilität gewünscht wird. Jedes Territorium hat seine Besonderheit, seine Merkmale (Küstengebiet, Anzahl der SEVESO- oder umweltbelastenden Betriebe, oder gar von Industrien „außerhalb der Norm“, wie z.B. ein KKW in einem besonders kritischen sozialen oder sanitären Umfeld). Hier und da auftretende Probleme können nicht nach Schema F geregelt werden, auch wenn man Anregungen von anderswo übernehmen kann. In erster Linie geht es darum, seine eigene Umwelt bestmöglich zu schützen. Aus einem Vergleich ergibt sich, dass nicht das Netz ATMO mit seiner Regionalisierung, auch wenn es sicher gewisse Einsparungen ermöglicht, am besten geeignet ist, die Erwartungen der „Nutznießer“ dieses Netzes zu erfüllen. Die geeignete Ebene dafür ist eine vernünftige und durchdachte Dezentralisierung.

✓ **Wie sieht Ihre Kommunikationspolitik aus ? Welches sind Ihrer Meinung nach die Themen, die von den SPPPI vorrangig in Angriff genommen werden sollten?**

Der wichtigste Kommunikationsträger für alle ist die (mehr oder weniger gut gestaltete) Internetseite, für einige auch das Rundschreiben. Ergänzend dazu wurden folgende Wünsche formuliert:

- Themen: präventive statt kurative Industriepolitik, Bewältigung der Auswirkungen auf die Umwelt außerhalb der Standorte, Emissionsbegrenzung, Sicherheit der Bevölkerung, öffentliche Gesundheit, Aufklärung der Bevölkerung über die industriellen Risiken, Schulung der Akteure der Zivilgesellschaft in Fragen der Umwelt und der Industrie, einschließlich einer Schulung der Mandatsträger, bei denen durchaus auch ein Wissensdefizit vorliegt, Klimawandel, Energiebewältigung und Wasser-Rahmenrichtlinie.
- Einige wünschen eine Plenartagung pro Jahr, um über den Fortgang der Arbeiten in den Arbeitsgruppen zu berichten und neu aufgetretene Probleme in Zusammenhang mit dem industriellen Umfeld anzusprechen. Die Berichte über diese Tagungen sollten ins Internet gestellt werden.
- Ein SPPPI legt eine Kommunikationsstrategie mit drei Zielen dar: 1. auf den enormen Bedarf an Information und Erläuterung seitens der Mitglieder und seitens der breiten Öffentlichkeit eingehen; 2. über die durchgeführten Arbeiten und Aktionsprogramme sowie die erzielten Erfolge berichten; 3. die Umsetzung neuer Vorschriften oder die Entwicklung neuer Technologien pädagogisch begleiten und das Verständnis der Umweltproblematik fördern.
- Ein Verband äußerte den Wunsch, von der reinen Informationsrolle zur Aktion überzuwechseln (durch Vertrag oder Verordnung). Sich nicht auf Sitzungen und die Konfrontation von Interessengruppen, die die Pfeiler nachhaltiger Entwicklung sind, beschränken.

✓ **Welche Form der Unterstützung erwarten Sie vom Staat? Sind Sie für die Schaffung eines Clubs der SPPPI?**

Die meisten SPPPI befürworten die Schaffung eines Clubs der SPPPI, welcher einen Erfahrungsaustausch ermöglichen würde, was gegenwärtig zu selten geschieht. Seine Organisation sollte unbürokratisch sein.

Darüber hinaus sollte die freiwillige Mitarbeit von Verbänden in Form von materiellen, personellen und finanziellen Mitteln (letztere insbesondere zur Finanzierung von Gutachten) anerkannt werden.

✓ **Wie können Ihrer Meinung nach die CLIC und die SPPPI zusammenarbeiten ? Welches sind die jeweiligen Prärogativen ?**

Allgemein wird der begrenzte Zuständigkeitsrahmen der CLIC hervorgehoben (ausschließlich SEVESO) sowie ihr Mangel an Flexibilität im Vergleich zu den SPPPI. Andererseits werden die CLIC um ihren Status und ihre „Macht“ beneidet.

- Es muss Redundanz – gleichbedeutend mit Zeitverschwendung – vermieden werden. Es wird die Meinung vertreten, dass die CLIC noch zu jung sind und man daher noch nicht beurteilen kann, ob sie nützlich und wirksam sind. Ihre Prärogativen sind im übrigen begrenzt, da sie durch Gesetz ausschließlich für SEVESO-Betriebe zuständig sind. Dabei gibt es Industrien, die nicht als SEVESO eingestuft sind, aber eine eindeutige Gefahr darstellen und ernsthafte Vorbeugemaßnahmen verdienen. Die CLIC werden im allgemeinen als relativ starre Strukturen empfunden (Zusammensetzung, Auftrag usw.).
- Die CLIC besitzen einen Rechtsstatus und Befugnisse, die die SPPPI nicht haben (Konzertation, Ausarbeitung von PPRT, Risikobewältigung...). Ein CLIC ist eine Arbeitsgruppe, die konkrete Arbeit leistet und nicht nur eine Politik des guten Willens betreibt. Die SPPPI dagegen sind Informationsstellen (Veröffentlichung von Bilanzen, Zustandsbeschreibungen...). Unter den gegenwärtigen Umständen können beide Gremien zu bestimmten Problematiken zusammenarbeiten, aber grundsätzlich müssten die SPPPI zu Instanzen umgewandelt werden, wo eine juristische und verordnungsrechtliche Abstimmung in Umweltbelangen stattfinden kann.
- Die Ebene der SPPPI muss auf alle Fälle beibehalten werden, weil sich ihr Zuständigkeitsbereich nicht mit dem der CLIC deckt. Die CLIC beschränken sich auf die SEVESO-Betriebe und ihre PPRT, während die SPPPI ein wesentlich weiteres Tätigkeitsfeld haben. Letztere können auch von der Erfahrung der ersteren profitieren. Es handelt sich um zwei verschiedene Strukturen, die beide wichtig sind und sich ergänzen. Die CLIC werden vom Staat eingerichtet, ihre Zusammensetzung durch Präfektoral-Erlass bestimmt, und die Anzahl der Sitze wird durch Gesetz festgelegt. Sie sind starr und formell. Die SPPPI dagegen funktionieren sehr flexibel. Es kann mitarbeiten, wer will; es können Anrainer eingeladen werden, über Umweltbelästigungen zu berichten; es können jederzeit aktuelle Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Insgesamt gibt es weniger Formalismus.
- SPPPI: ein Forum für Diskussion, Abstimmung und Vorschläge. CLIC: steht in direktem Zusammenhang mit einer SEVESO-Industrie, hat einen genau umrissenen Verwaltungsrahmen und vorgegebene Pflichten. Zusammenwirken beider Gremien: über Kontakte zwischen den Präsidenten der beiden Strukturen und abgestimmte Verlautbarungen (welche Art von Verlautbarungen?).
- Aufgabe der CLIC ist es, eine lokal genau abgegrenzte Konzertation durchzuführen, die sich im Wesentlichen auf die Risiken eines Unfalls konzentriert. Die SPPPI sollten sich mit der allgemeineren Problematik, insbesondere den chronischen Risiken beschäftigen.
- Die CLIC sind überall dort angebracht, wo Risiken in Zusammenhang mit einem SEVESO-Betrieb bestehen. Die SPPPI operieren auf einem größeren Territorium; sie sind daher weniger in lokale Spannungen verwickelt, und ihre Themen sind vielfältiger (wodurch sie häufig auch als Tribünen für alle möglichen Umweltanliegen benutzt werden).

III. Der Umweltgipfel

✓ Welche Teile des Umweltgipfels glauben Sie umsetzen zu können?

- Den Aufbau einer wahren umweltbewussten Demokratie mit neuen Regeln des Miteinanders, wo die Verbände nicht mehr nur Beobachter der industriellen Gestaltung ihrer Region sind, sondern als Akteure anerkannt werden, die an den Entscheidungen des Staates und der Gebietskörperschaften beteiligt sind;
- Informationsweitergabe an die Öffentlichkeit;
- Luft: Plan zum Schutz der Luftqualität;
- Wasser: durch Bekämpfung der Wasserverschmutzung die Wasserqualität gewährleisten;
- Natura-2000-Gebiete: als Verbindungsstellen und durch Teilnahme an der Konzertation;

- Technologische Risiken: Risikobegrenzung an der Quelle, Risiken im Bereich des Gefahrguttransports, PPRT;
- Energie: Kohlenstoffbilanz;
- Qualität der natürlichen Medien.

Besonders ausführliche Vorschläge eines SPPPI :

Den Klimawandel bekämpfen

Städte und Baubestand modernisieren

- Kohlenstoff-Energie-Bilanz für alle Kollektive von mehr als 50 Personen (**Kohlenstoffbilanz für das gesamte Territorium und kollektive Maßnahmen zur Erstellung von Kohlenstoffbilanzen und Energiediagnosen**).

Energiemanagement und Bekämpfung des CO₂-Ausstoßes

- Programm zur Förderung erneuerbarer Energie: Wasserkraft, Windkraft, Biomasse, Erdwärme, Photovoltaik, Sonnenenergie (Projekt der Einrichtung eines NRJ-Clubs, Informationsweitergabe in Kommissionen und durch Mitteilungen des SPPPI).

Städtische Bebauungspolitik und territoriale Interessenabwägung

- Erstellung von flächendeckenden Klima-Energie-Plänen bis 2012.

Mobilität und Verkehr

- Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel: Bau von mehr als 1500 km Busspuren, Straßenbahnlinien und Radwegen (im Zuge der Erstellung betrieblicher Verkehrspläne).

Artenvielfalt und die natürlichen Medien schützen und bewirtschaften

Gewässerqualität (die Broschüre über den Vertrag zum Anschluss an das Abwassernetz überarbeiten, die Anwendung der Wasser-Rahmenrichtlinie und die Revision des SDAGE-Programms verfolgen, die Sonderprojekte an den Kläranlagen SIAAP und Limay verfolgen)

- Ertüchtigung aller Kläranlagen bis 2009;
- Schutz der 500 am stärksten bedrohten Trinkwasserquellen bis 2012;
- Fertigstellung der Rahmenprogramme für Wasserwirtschaft und –nutzung (SDAGE) im Laufe des Jahres 2009;
- Auffangen des Regenwassers und Wiederverwendung von Abwasser.

Gesundheit und Umwelt schützen und gleichzeitig wirtschaftliche Impulse geben

Programm : „Gesundheit – Umwelt“ (die Erstellung strategischer Lärmkataster und die Einrichtung einer Informationsstelle für Industrielärm („Bruitparif“) verfolgen, die Umsetzung des Plans „Gesundheit – Umwelt“ durch konkrete Maßnahmen an den umweltbelastenden Industrieanlagen verfolgen, Feinstaub-Untersuchung durchführen?)

- Neuer Plan „Gesundheit – Umwelt“ für 2009-2012: Raumlufte, neue Pathologien;
- Luftqualität: Plan zur Reduzierung von Feinstaub;
- Dringende Beseitigung der „schwarzen Punkte“ der Lärmbelästigung.

Sich für eine umweltbewusste Demokratie einsetzen

Programme „Gouvernance“ (ein Thema, das die Daseinsberechtigung des SPPPI begründet)

- Anerkennung der Umweltpartner nach objektiven Kriterien der Repräsentativität;
- Transparenz der Umweltinformation und der Gutachten.

✓ Welche Maßnahmen haben Sie bereits eingeleitet oder geplant?

- Geplant: häufigere Inanspruchnahme unabhängiger Gutachter, regelmäßige (jährliche?) Überprüfung der gefaßten Beschlüsse. (Sind die in den SPPPI-Kommissionen gemachten Zusagen respektiert worden? Sind Partnerschaften mit Universitäten und Wissenschaftlern gesucht worden? Ist das öffentliche Prüfverfahren in Bezug auf die Funktionsweise, die Transparenz der Beschlüsse usw. verbessert worden?);
- Gemeinsam mit der DI DRIRE, CCIV und ADEME abgesprochene Maßnahme zur Erstellung von Kohlenstoffbilanzen oder Energiediagnosen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); der Verband schlägt außerdem vor, seine Mitglieder, die nicht zu den KMU gehören, ebenfalls zu subventionieren;
- Es gibt Beispiele der Zusammenarbeit zwischen einem SPPPI und der Entwicklungsbehörde im Rahmen einer OIN zur Durchführung einer Kohlenstoffbilanz für ein bestimmtes Territorium;
- Konferenz oder Debatte über den Begriff „nachhaltige Entwicklung“; CD-ROM zum Klimawandel; Erläuterungen zur umweltverträglichen Intensiv-Landwirtschaft (Juni-September); Bekämpfung von Projekten, die eine nachhaltige Entwicklung mißachten;
- Das SPPPI kann, wie von der CNDP erwähnt, die Konzertation über Projekte übernehmen, die nach einer öffentlichen Debatte der CPDP unterstellt wurden. Das SPPPI könnte sich stärker in die Umsetzung des öffentlichen Prüfverfahrens einbringen (als Weitergabestelle für Information, Weiterleitung von Akten vor dem öffentlichen Prüfverfahren, Organisation von Debatten im Vorfeld...);
- Zweigleisiges Funktionieren: als Gruppe „Wasser“ und als Gruppe „Industrierisiken“. Bereits ergriffene Maßnahmen: Besichtigung aller Standorte anlässlich von Bauarbeiten oder Sicherheitsvorkehrungen. Untersuchungen der Wasserqualität. Geplante Maßnahmen: regelmäßige Überprüfung der Wasserqualität (Schaffung einer permanenten Beobachtungsstelle). Luftqualität: geplant. Gefahrguttransport: geplant;
- Agenden 21 der Familien sollten mit Hilfe der SPPPI und der Bürgermeister und Generalräte weiter verbreitet werden;
- Auswirkungen von Verschmutzung und Unfällen auf die Gesundheit. Sanierung von Altlasten. Abfallentsorgung. Prävention technischer Risiken;
- einige SPPPI haben eine Sitzung zur Vorbereitung des Umweltgipfels einberufen.

✓ **Haben Sie Maßnahmen oder Projekte identifiziert, die in Zusammenarbeit mit anderen SPPPI durchgeführt werden sollten, um die Dynamik des Umweltgipfels weiterzutragen?**

- Reduktion von Emissionen; Auswirkungen der Verschmutzung auf die Gesundheit der Bevölkerung und der Arbeitnehmer; Harmonisierung der Emissionsregeln (z.B. chemische Industrie, Metallindustrie; gleiche Emissionsgrenzen wie für Verbrennungsanlagen für Haus- und Industriemüll); Gleiches gilt für Gewässer und Böden;
- Beobachtungsstelle (Club) der SPPPI – Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen zu den von den SPPPI vorgebrachten Themen anhand von Indikatoren;
- In diesem Sinne hat sich z.B. ein SPPPI von dem CD-ROM eines anderen SPPPI über große Industrierisiken inspirieren lassen, um ein Multimedien-Produkt zu erstellen. Die Weitergabe eines solchen Know-hows an andere SPPPI kann nur von Nutzen sein und entspricht im übrigen genau den Vorgaben des Umweltgipfels, besonders im Hinblick auf die Sensibilisierung von Schulklassen.

IV. Der Nationale Kongress über technologische Risiken

✓ **Haben Sie bereits an einem früheren Kongress teilgenommen?**

Die meisten bejahen.

✓ **Haben Sie über diesen Kongress berichtet oder aufgeklärt?**

Einige über ihre Internetseite, per e-mail oder über ihr Informationsblatt.

✓ **Welchen Beitrag zur Vorbereitung bzw. Durchführung dieses Kongresses haben Sie geplant?**

Bereitstellung einer Adressenkartei.

✓ **Wie gedenken Sie, die Botschaften der Partner im Zuständigkeitsbereich Ihres SPPPI einzuholen und an den Kongress weiterzuleiten?**

- Die Verbände und anderen Akteure vor Ort zu schriftlichen Eingaben auffordern, damit ihre Anliegen und Standpunkte im Vorfeld von Debatten ausführlich dargelegt werden können.
- Die Forderungen der Umweltschutzverbände und Anrainer, die in einem Kollegium koordiniert wurden, weiterleiten.